VHP Zeitschrift

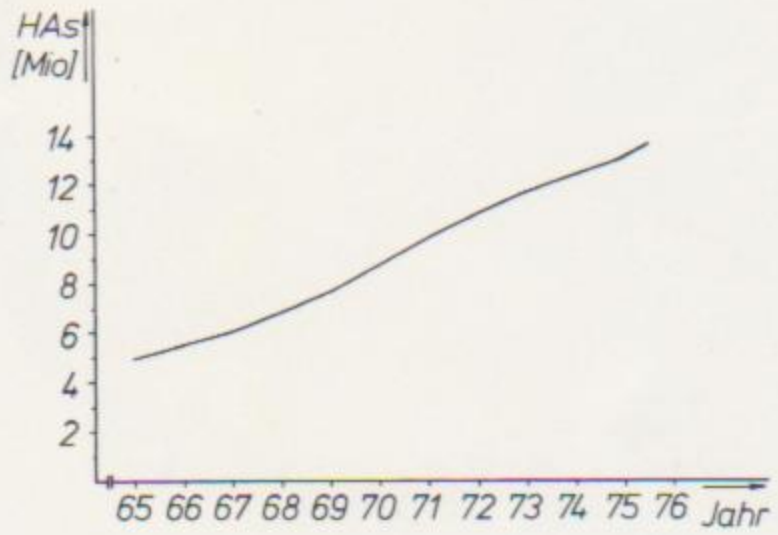
Nachrichtenblatt für die
Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundespost

12. Jahrgang · Heft 4 · August 1976

Fast 561 000 neue Fernsprechanschlüsse sind von der Deutschen Bundespost im ersten Halbjahr 1976 eingerichtet worden. Das sind 84 v.H. mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Im Juni 1976 haben allein 107 000 Fernsprechkunden ihr Telefon erhalten. – Mitte 1976 gab es im Netz der DBP rund 13,7 Mio Hauptanschlüsse.

So sicher wie dieses Ergebnis zum Teil Zeichen konjunkturellen Aufschwunges ist, ist es zum anderen Teil Folge einer progressiven Gebührenpolitik und intensiver Werbung.

Diese Leistung und dieses Ergebnis müssen Ansporn und Herausforderung für alle Führungskräfte unseres Unternehmens sein, auch in Konkurrenzbereichen durch mutiges unternehmerisches Handeln unsere Marktanteile zu festigen und zu verbessern.



Entwicklung der Fernsprechhauptanschlüsse

Inhalt

F. Ricke
Neuordnung des Laufbahnrechts 3

Dr. W. Fenge
Personalveränderungen 3

Wirtschaftliches und soziales Handeln sind keine Gegensätze
Interview mit Dr. Franz-Josef Neuhoff 4

Bezirksverein Koblenz besuchte die Bundeswehr 5

Nochmals: Dienstrechtsreform
Ein Briefwechsel zwischen Dr. Rödel (Deutscher Beamtenbund) und J. Paffen 6

J. Paffen
Aktionsprogramm zur Dienstrechtsreform vom Bundeskabinett verabschiedet 8

H. Plath
Stefan: Der Dienstposten 9

Finanzminister Gaddum beim Bezirksverein Koblenz 9

Prof. Dr. W. Engels
Marktwirtschaft und Wachstum 10

O. Lemke
Philipp Reis und sein Denkmal in Gelnhausen 18

C. P. Spengler
Petern Sie schon?
Buchbesprechung 19

H. Heinze
FITCE-Kommission VI tagte in Darmstadt 19

Titelbild: Foto Zeitbild

VP Zeitschrift

Herausgeber: Hauptvorstand der Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundespost, 54 Koblenz.
Redaktion: Hans Jürgen Schark (verantwortlich); Werner Heise; Hans Ritter von Lacroix; Werner Petry; Horst Plath; Peter Schmedes.
Anschrift der Redaktion: 2 Hamburg 36, Postfach 555, Tel. (040) 3572282 u. 3575460.
Die mit Namen gezeichneten Beiträge geben die persönliche Meinung der Verfasser wieder. Wenn sich diese mit der Meinung des Hauptvorstandes deckt, wird dies ausdrücklich erwähnt.
Verlag und Anzeigenverwaltung: Arbeitskreis Wirtschaftspublizistik Dr. Horst Beau KG, 5653 Leichlingen-Witzhelden, Postfach 100, Tel. (02174) 3121, Telex 8515524.
Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 2 gültig. Gerichtsstand ist Solingen.
Druck: Kirchmann, 402 Mettmann, Postfach 100268.
Einzelheft: 2,– DM, Mitglieder 1,– DM (im Mitgliedsbeitrag enthalten).

Neuordnung des Laufbahnrechts

Die Verabschiedung des 1974 beim Deutschen Bundestag eingebrachten Gesetzentwurfes über Änderungen des Beamtenrechtsrahmengesetzes und des Bundesbeamtengesetzes zum Zwecke einer Neuordnung des Laufbahnrechts ist anscheinend jetzt in die Entscheidungsphase gelangt.

Bisherige Hindernisse wegen zu hoher Kostenverursachung scheinen beseitigt, nachdem die ursprünglich für die Neuordnung veranschlagten Gesamtkosten von rd. 540 Millionen DM durch Verhandlungen zwischen den Bundesressorts einerseits und zwischen Bund und Ländern andererseits auf rd. 215 Millionen DM herabgedrückt worden sind und die Regierung die maßgeblich Beteiligten (die Länderfinanzminister, die Spitzenverbände der Gewerkschaften, den Ausschuß für Bildung und Wissenschaft – diesen allerdings mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß besoldungspolitische Erwartungen aber nicht geweckt werden dürften – und den Innenausschuß des Deutschen Bundestages) offensichtlich auf ihre Seite zu ziehen vermochte.

Dem jüngsten Bericht des Innenausschusses (BT-Drucksache 7/5143 vom 6.5.1976) zufolge ist mit der Verabschiedung der Neuregelung noch in der laufenden Wahlperiode zu rechnen.

Kern der Neuregelung

Kernstück der beabsichtigten Neugestaltung der beruflichen Bildung der Beamten sowie einer Neustrukturierung der Funktionsbereiche und Laufbahnen ist die Änderung der Zugangsvoraussetzungen und des Ausbildungssystems des gehobenen Dienstes.

Als wesentliche Neuerung soll hier der Vorbereitungsdienst zu einem mindestens dreijährigen Studiengang auf der Bildungsebene von Fachhochschulen in Form einer Mischung von mindestens 18monatigem Fachstudium und einem Rest von berufspraktischen Studienzeiten ausgestaltet werden.

Darüber hinaus sollen die vorgesehenen Gesetzesänderungen aber auch die Grundlage für den Erlaß neuer Laufbahnvorschriften schaffen, in denen unter Berücksichtigung der besoldungsrechtlichen Regelungen festgestellt werden soll, welche Bildungsgänge und Prüfungen in Übereinstimmung mit dem Grundsatz funktionsbezogener Bewertungen Voraussetzung für den Zugang der bestehenbleibenden vier Laufbahnen sein sollen.

Neuordnung auch für den höheren Dienst

Im Zusammenhang mit den vorgesehenen Änderungen sollen auch für den höheren Dienst die Zugangsvoraussetzungen neu bestimmt und neue Bildungsgänge und Bildungsabschlüsse dabei berücksichtigt werden.

Grundsätzlich git als Zulassungserfordernis für den höheren Dienst ein mindestens dreijähriges, mit einer Prüfung abgeschlossenes Studium an einer Hochschule, das nach seinen Bildungsvoraussetzungen geeignet ist, in Verbindung mit einer für die Laufbahn vorgeschriebenen berufspraktischen Ausbildung oder Tätigkeit die Anforderungen der Befähigung für die Laufbahn zu erfüllen.

Der Vorbereitungsdienst in den Laufbahnen des höheren Dienstes, der mit einer Laufbahnprüfung oder einer die Befähigung für die Laufbahn vermittelnden zweiten Prüfung abzuschließen ist, dauert mindestens zwei Jahre, wobei auch für höhere Beamte besonderer Fachrichtungen anstelle des Vorbereitungsdienstes und der Laufbahnprüfung andere – nach den Laufbahnvorschriften festzulegende – gleichwertige Befähigungsvoraussetzungen vorgeschrieben werden können, wenn es die besonderen Verhältnisse der Laufbahn erfordern.

Die Befähigung für die Laufbahn des höheren allgemeinen Veraltungsdienstes kann abweichend von dem Vorhergesagten auch durch einen Ausbildungsgang nach § 5b des Deutschen Richtergesetzes erworben werden.

Auf das Hochschulstudium wie auch den Vorbereitungsdienst soll – unter bestimmten Voraussetzungen – eine erfolgreich abgeschlossene Ausbildung für den gehobenen Justizdienst oder für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst angerechnet werden können.

Neuordnung der Laufbahnvorschriften

Ist der vorliegende Gesetzentwurf verabschiedet, ist somit grünes Licht auch für eine Neuordnung der Laufbahnvorschriften gegeben.

Auch für die höheren Beamten der DBP wird dann Gelegenheit gegeben sein, festzulegen, welche Bildungsvoraussetzungen im einzelnen geeignet sind, die Anforderungen der Befähigung für ihre Laufbahn bei der DBP zu erfüllen.

Dabei – wie der Gesetzentwurf es verlangt – die Einheitlichkeit mit dem Ziel zu wahren, daß, wer die Befähigung für eine Laufbahn erworben hat, diese auch für entsprechende Laufbahnen bei allen anderen Dienstherren in der BRD besitzt, dürfte allerdings nicht ganz einfach sein.

F. Ricke

Personalveränderungen

Amtsblattauszüge, bearbeitet von Dr. W. Fenge

Ernennungen

zum Pr der Bundesdruckerei der MinR Klaus Spreen in Berlin, BDr von Bonn, BPM; zum VPr einer OPD der AbtPr Dipl.-Ing. Werner Fritz in Saarbrücken, OPD von Dortmund, OPD; zum MinR die OPDir Hans Joachim Hilgers in Bonn, BPM, Dr. Erhard Schramm, Franz Josef Schulte ebenfalls in Bonn, BPM.

Versetzungen

VPr einer OPD Dipl.-Ing. Klaus Peter Schneider von Braunschweig, OPD, nach Dortmund, OPD.

Ruhestand

Pr der Bundesdruckerei Dr. Heinz Fickel in Berlin; VPr einer OPD Alfred Jetter in Tübingen, OPD.

Sterbefälle

Pr a.D. Dr. Georg Hoffmann in Berlin 37, VPr einer OPD Dr. Erwin Propach in Bremen, OPr a.D. Felix Rabe in Wildbad, Pr a.D. Hans Sievers in Bonn-Bad Godesberg, Emil Sternberg in Düsseldorf, Wilhelm Hunold in Hannover 1, August Schäffer in Wiesbaden.

Wirtschaftliches und soziales Handeln sind keine Gegensätze

VHP-Zeitschrift sprach mit Präsident Dr. Franz-Josef Neuhoff, OPD Köln

Redaktion: Herr Dr. Neuhoff, Sie haben zu Beginn dieses Jahres die Leitung der OPD Köln übernommen. Welche Aufgaben halten Sie in der derzeitigen Situation der DBP für vordringlich, was erwarten Sie von Ihrem neuen Amt?

Dr. Neuhoff: Erfreulicherweise hat sich die Finanzlage der DBP ja verbessert. Wir erwarten auch für 1976 einen, wenn auch bescheidenen, Gewinn. Es geht jetzt darum, diese Tatsache sozusagen zu einer „Dauereinrichtung" werden zu lassen. Da dies bei unserem personalintensiven Dienstleistungsbetrieb entscheidend von der Entwicklung der Personalaufwendungen abhängt, müssen wir die personellen Probleme verstärkt in Angriff nehmen, die mit fortschreitender Rationalisierung auf allen Gebieten verknüpft sind. So muß unser aller Augenmerk darauf gerichtet werden, weiter zu rationalisieren, aber persönliche Härten für die Mitarbeiter in einem erträglichen Rahmen zu halten. Hier wird mit Sicherheit ein Schwerpunkt meiner Arbeit liegen.

Redaktion: Auch im OPD-Bezirk Köln wird weiter gebaut und weiter investiert. Sind bei zurückgehender Nachfrage nach Post- und Fernmeldediensten Großprojekte wie Neubauten von FÄ oder Fernmeldetürmen noch zeitgemäß?

Dr. Neuhoff: Nach meiner festen Überzeugung steht dem Fernmeldewesen noch eine große Zukunft bevor. Die Anschlußdichte eines so hoch industrialisierten Landes wie der Bundesrepublik liegt weit hinter der anderer vergleichbarer Länder zurück. Natürlich müssen die Investitionen immer wieder der Nachfrageentwicklung angepaßt werden, die in unterschiedlichen Schüben erfolgt. Gerade die neuere Entwicklung gibt aber zu Optimismus Anlaß. Von den Führungskräften der DBP muß erwartet werden, daß sie alle Fähigkeiten einsetzen, um die positive Entwicklung zu fördern.

Redaktion: Da Sie von Fähigkeiten sprechen – was verlangen Sie als Bezirkschef sonst noch von Ihren Führungskräften?

Dr. Neuhoff: Neben der Bereitschaft, kreativ zu denken, und neben der fachlichen Qualifikation werden in Zukunft verstärkt echte Führungseigenschaften zu fordern sein.
Die erhebliche Erweiterung der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte des Personals durch das Bundespersonalvertretungsgesetz vom 1.4.75 erfordert einen größeren Einsatz bei der Durchsetzung von Vorhaben. Die Gewöhnung an das Rollenspiel zwischen den Sozialpartnern bereitet manchen sonst hervorragend befähigten Kolleginnen und Kollegen noch immer Schwierigkeiten.

Redaktion: Nun gibt es ja die Leitlinie, es gibt Einzelanweisungen, es gibt schließlich die heftig diskutierte Aussage des Bundespostministers, Führungskräfte müßten mehr als bisher den Standpunkt der Verwaltung vertreten . . .

Dr. Neuhoff: Wissen Sie, diese „Aussage" ist weder neu, noch bedeutet sie eine Bevormundung der Führungskräfte und schon gar nicht eine Mobilmachung gegen die Vertretungen des Personals. Schon 1972 hat Minister Gscheidle auf Ihrem Treffen in Berlin gesagt, daß die Unternehmensleitung der DBP jede Führungskraft in dem Bemühen um sachgerechte und auf das Gemeinwohl gerichtete Entscheidungen unterstützen wird. Nicht durch Gefälligkeitsentscheidungen wird heute die Lage dieser Verwaltung verbessert, sondern durch bewußtes, sachliches Austragen der Konflikte, die sich aus der gewollten Verschiedenartigkeit der Rollen von Personalvertretern und Verwaltungsvertretern zwangsläufig ergeben. Wer in dieser Auseinandersetzung seinen Standpunkt – sei es den der Verwaltung oder den der Personalvertretung – engagiert, aber sachlich und fair vertritt, der hat auch meinen Respekt und wird meine Unterstützung finden.

Redaktion: Kommen die Führungskräfte überhaupt in die Lage, engagiert ihren Standpunkt zu vertreten und an Entscheidungen mitzuwirken? Teilen Sie nach Ihrer leitenden Tätigkeit im BPM nicht vielmehr auch unsere Meinung, daß zu viel „ganz oben" entschieden und auf der Ebene der Mittelbehörden und Ämter nur noch „ausgeführt" wird?

Dr. Neuhoff: Diese Tendenz wird es in der Vergangenheit sicher gegeben haben. Auch heute noch wird der

Ein Vorgesetzter, Mann der Tat,
hört ungern nur auf fremden Rat.
Kaum hat sich ein Problem gestellt,
ist die Entscheidung schon gefällt.
Sodann beginnt ein zähes Ringen,
um die Vernunft ins Spiel zu bringen.
Mit angemess'nem Aufwand führt
nur, wer sich gründlich informiert.

H. Meyer

Organisationsgrundsatz der Delegation von Verantwortung in Einzelfällen von der Zentrale durchbrochen. Ich denke z. B. an die Berater in Bemessungsfragen. Dennoch zeigt sich immer deutlicher, daß es unmöglich ist, zentrale Regelungen zu erarbeiten, die alle regionalen und strukturellen Unterschiede berücksichtigen. Außerdem ist das Stufensystem der Personalvertretungen auf mehrere echte Entscheidungsebenen ausgelegt. Schon deshalb muß der Verwaltung daran gelegen sein, Entscheidungen auf der Verwaltungsstufe zu fällen, auf der die Probleme entstehen. Auch dies verlangt von unseren Führungskräften mehr Wissen, mehr Einfühlungsvermögen und vor allem die Fähigkeit, soziale Verträglichkeit und finanzielle Folgen von Einzelmaßnahmen abschließend und umfassend zu beurteilen.
Wenn sich darüber hinaus mehr und mehr auch noch die Überzeugung durchsetzt, daß wirtschaftliches Handeln, soziales Handeln und gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen nicht notwendigerweise unauflösliche Gegensätze sind, dann werden die Entscheidungen zunehmend von den richtigen Leuten an den zuständigen Stellen getroffen werden.
Eines ist, um dies abschließend zu sagen, allerdings sicher: Die Arbeit für die Führungskräfte der Bundespost wird nicht leichter, sondern schwieriger werden. Leistung wird verstärkt gefragt sein. Dem Gesetzgeber bleibt die Aufgabe, dieser Forderung durch eine entsprechende Gestaltung der Besoldungsordnung Rechnung zu tragen.
Redaktion: Herr Präsident Dr. Neuhoff, wir danken Ihnen für das Gespräch und wünschen Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit.

Bezirksverein Koblenz besuchte die Bundeswehr

Die Bezirksvereinigung der höheren Postbeamten besuchte die Panzerbrigade 14 in Koblenz. Nach Begrüßung und Einführung durch den stellvertretenden Brigadekommandeur, Oberst Hermenau, wurde uns in Form einer dynamischen Waffenschau das Großgerät einer Panzerbrigade vorgeführt. Wir waren besonders von der Schnelligkeit und der Wendigkeit der Kampffahrzeuge sowie vom Ausbildungsstand der Soldaten beeindruckt.

Beim anschließenden Umtrunk im Offiziersheim der Gneisenau-Kaserne wurde in Einzelgesprächen das Gesehene noch vertieft. Wir kamen überein, diese Kontakte künftig zu intensivieren.

Wir sorgen dafür, daß Deutschlands öffentlicher Dienst bauen kann!

H. Lindemann
Polizeihauptmeister aus Hanau-Kesselstadt

Er hat's geschafft!

Herr Lindemann ist einer von über 1½ Millionen BHW-Bausparern. Als Polizeibeamter steht er für unsere Sicherheit und unser Eigentum. Wir vom BHW helfen ihm bei der Finanzierung seines Hauses und er packt kräftig selbst mit an und spart so zusätzlich Geld.
Beim BHW hat er Vorteile, die es sonst nirgendwo gibt. Denn das BHW ist seine Bausparkasse, die Bausparkasse für Deutschlands öffentlichen Dienst.
Wenn es um Erwerb oder Erhaltung von Haus- und Wohnungseigentum geht, wenden sich darum Beamte, Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes an ihr BHW. Tun Sie's auch, wenn Sie dazugehören. Postkarte genügt.

BHW die Bausparkasse für Deutschlands öffentlichen Dienst · 325 Hameln

Nochmals: Dienstrechtsreform

Der in Heft 2/1976 unserer Zeitschrift veröffentlichte Beitrag von J. Paffen „Neuer Anlauf zur Dienstrechtsreform" hat eine Stellungnahme des Deutschen Beamtenbundes und eine Erwiderung des Autors ausgelöst. Wegen der Aktualität geben wir nachstehend Zuschrift und Antwort wieder.

Deutscher
Beamtenbund
– Bundesgeschäftsstelle –
53 Bonn-Bad Godesberg, *11. Mai 1976*

An die
Redaktion der VHP-Zeitschrift

Sehr geehrte Damen und Herren, der in Heft 2/1976 Ihrer Zeitschrift veröffentlichte Artikel „Neuer Anlauf zur Dienstrechtsreform" von J. Paffen enthält Ausführungen, die zu einer mißverständlichen Interpretation sowohl des Aktionsprogramms zur Dienstrechtsreform wie auch der vom Deutschen Beamtenbund gegenüber diesem Aktionsprogramm vorgebrachten Kritik führen könnten. So wird zwar zutreffend festgestellt, daß das Aktionsprogramm die Entscheidung über das Rgelungsverfahren (Regelung der Dienstverhältnisse durch Gesetz oder durch Tarifvertrag) ausklammert; es wird auch richtig wiedergegeben, daß dies einen wesentlichen Kritikpunkt des Deutschen Beamtenbundes ausmacht. Nicht unwidersprochen kann jedoch die im Artikel getroffene Feststellung bleiben, daß diese Kritik insofern unberechtigt sei, „als die inhaltliche Gestaltung des Dienstrechts von der Entscheidung über das Regelungsverfahren weitgehend unabhängig ist". Und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens gesteht auch die seinerzeit beim Bundesministerium des Innern für die Reform des öffentlichen Dienstrechts eingerichtete Studienkommission (auf die sich das Aktionsprogramm in dieser Frage beruft) ein, daß die inhaltliche Gestaltung der Dienstverhältnisse maßgeblich von den Interessen des Regelungskompetenzinhabers beeinflußt werden dürfte. Im überarbeiteten Entwurf des Aktionsprogramms findet sich mittlerweile eine entsprechende Klarstellung. Von einer „weitgehenden" Beziehungslosigkeit zwischen Regelungskompetenz und inhaltlicher Gestaltung der Dienstverhältnisse kann also schon aus dieser Sicht keine Rede sein.

Zweitens hängt die Bewertung des Regelungsverfahrens natürlich davon ab, welchen Stellenwert man dieser Frage innerhalb einer Reform einräumt. Es bedarf aber wohl keiner näheren Begründung, daß es einen ganz wesentlichen Unterschied ausmacht, ob die Dienstverhältnisse einheitlich durch Gesetz, einheitlich teils gesetzlich, teils tarifvertraglich geregelt oder eben verfassungskonform vereinheitlicht werden, wie dies der Vorschlag des DBB zur Dienstrechtsreform vorsieht. Die Entscheidung in dieser Frage ist praktisch gleichbedeutend mit einer Entscheidung für oder gegen die Institution des Berufsbeamtentums, also keinesfalls von untergeordneter Bedeutung. Wer aber an der Institution des Berufsbeamtentums festhalten will, wird nicht darum herumkommen, auch die inhaltlichen Reformschritte daraufhin zu überprüfen, inwieweit sie geeignet sind, den Sinngehalt dieser Institution auszufüllen. Und umgekehrt gilt für Reformschritte, die von der Institution des Berufsbeamtentums wegkommen wollen bzw. dieser Institution gleichgültig gegenüberstehen: Bestimmte Fragen brauchen dann einfach nicht mehr gestellt zu werden, die disziplinierende Ausrichtung der inhaltlichen Maßnahmen an die mit dem Berufsbeamtentum verbundene Funktionsvorstellung entfällt.

Im Interesse zielgerechter Reformschritte sollte deswegen präzise gesagt – und eben nicht ausgeklammert – werden, welchen Status des Bediensteten die Reform anstrebt. Im übrigen: Wer meint, die Frage des Regelungsverfahrens sei von untergeordneter Bedeutung für die Funktionstüchtigkeit des öffentlichen Dienstes, möge sich daran erinnern, daß das Regelungsverfahren maßgeblich darüber entscheidet, ob Streikmaßnahmen im öffentlichen Dienst möglich sind bzw. sein sollen oder nicht. Kann dies aber ein untergeordneter Gesichtspunkt sein?

Die Folgen einer fehlenden Rückbesinnung auf den mit Reformen anzustrebenden Status der Beschäftigten im öffentlichen Dienst erweisen sich bereits am Katalog der inhaltlichen Maßnahmen des Aktionsprogramms. Dort werden zwar die disziplinierenden Wirkungen z.B. der Abstiegsmobilität, z.B. der Einführung von Spitzenpositionen auf Zeit und individueller Leistungszulagen hervorgehoben, die unerwünschten, ja gefährlichen Nebenfolgen solcher inhaltlichen Reformschritte hingegen völlig unterschätzt oder verharmlost. Alle drei Maßnahmenkomplexe verleiten mangels verläßlicher Bewertungskriterien zur mißbräuchlichen, sozial diskriminierenden Anwendung, und sie gefährden die Unabhängigkeit der Amtsführung – Konsequenzen, die jedenfalls mit dem Sinn der Institution des Berufsbeamtentums niemals vereinbar wären.

Die Frage ist freilich, inwieweit diese Institution des Berufsbeamtentums tatsächlich noch als Leitbild für eine Dienstrechtsreform im Sinne des Aktionsprogramms fungiert. Der lakonische Hinweis, das Aktionsprogramm beabsichtige nicht, bestehende Verfassungsgegebenheiten zu ändern, klingt eher nach Resignation als nach programmatischer Weitsicht. Dies um so mehr, als das Aktionsprogramm nicht einmal versucht, den verfassungswidrigen Zustand des systemlosen Nebeneinanders von Angestellten und Beamten in gleicher Funktion zu überwinden. Ob unter diesen Bedingungen vernünftig reformiert werden kann, und sei es nur in Teilbereichen des öffentlichen Dienstes, bleibt mehr als zweifelhaft.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Rödel

J. Paffen erwiderte auf diesen Brief:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ihr o.a. Schreiben ist mir als dem Verfasser des Artikels „Neuer Anlauf zur Dienstrechtsreform" von der Redaktion der VHP-Zeitschrift zur unmittelbaren Beantwortung zugeleitet worden. Ich nehme zu Ihren Ausführungen wie folgt Stellung:

1. Die Reform des öffentlichen Dienstrechts hat zwei Problemschwerpunkte:

a) Inhaltliche Gestaltung der Dienst- und Arbeitsverhältnisse,

b) Regelungsverfahren, d.h., die Frage, ob die herkömmlichen, für Beamte einerseits, Arbeiter und Angestellte andererseits unterschiedlichen Regelungsverfahren (Gesetz und Tarifvertrag) beibehalten werden sollen, oder ob ein einheitliches Regelungsverfahren – entweder einheitlich durch Gesetz oder einheitlich teils gesetzlich, teils tarifvertraglich – eingeführt werden soll.

Daraus ist zu erkennen, daß auch für mich das Regelungsverfahren keineswegs von untergeordneter Bedeutung ist – wie Sie annehmen –, sondern einen hohen Stellenwert hat. Die große Bedeutung dieses Reformkomplexes ist auch in meinem Artikel nicht bestritten worden. Dies zu tun wäre tatsächlich sehr kurzsichtig, sind doch mit der Entscheidung über das Regelungsverfahren für die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes weittragende Entscheidungen verbunden, wie die Erhaltung oder Abschaffung der Tarifautonomie und die Frage des Streikrechts für alle öffentlichen Bediensteten.

2. Ungeachtet dieser Tatsache bleibe ich jedoch bei meiner Auffassung, daß die z.Z. unüberbrückbaren Meinungsunterschiede zum Regelungsverfahren die inhaltliche Gestaltung der Dienstverhältnisse als Gegenstand der Reform nicht blockieren und damit ein Vorantreiben der Reform insgesamt verhindern dürfen. Denn die Reformen im materiellen Dienstrecht sind notwendig, um das Ziel der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung ebenso wie das Ziel einer Berücksichtigung der berechtigten Interessen der im öffentlichen Dienst Tätigen besser als bisher zu verwirklichen, zumal sich die Beteiligten an der Reform in diesen Zielvorstellungen einig sind.

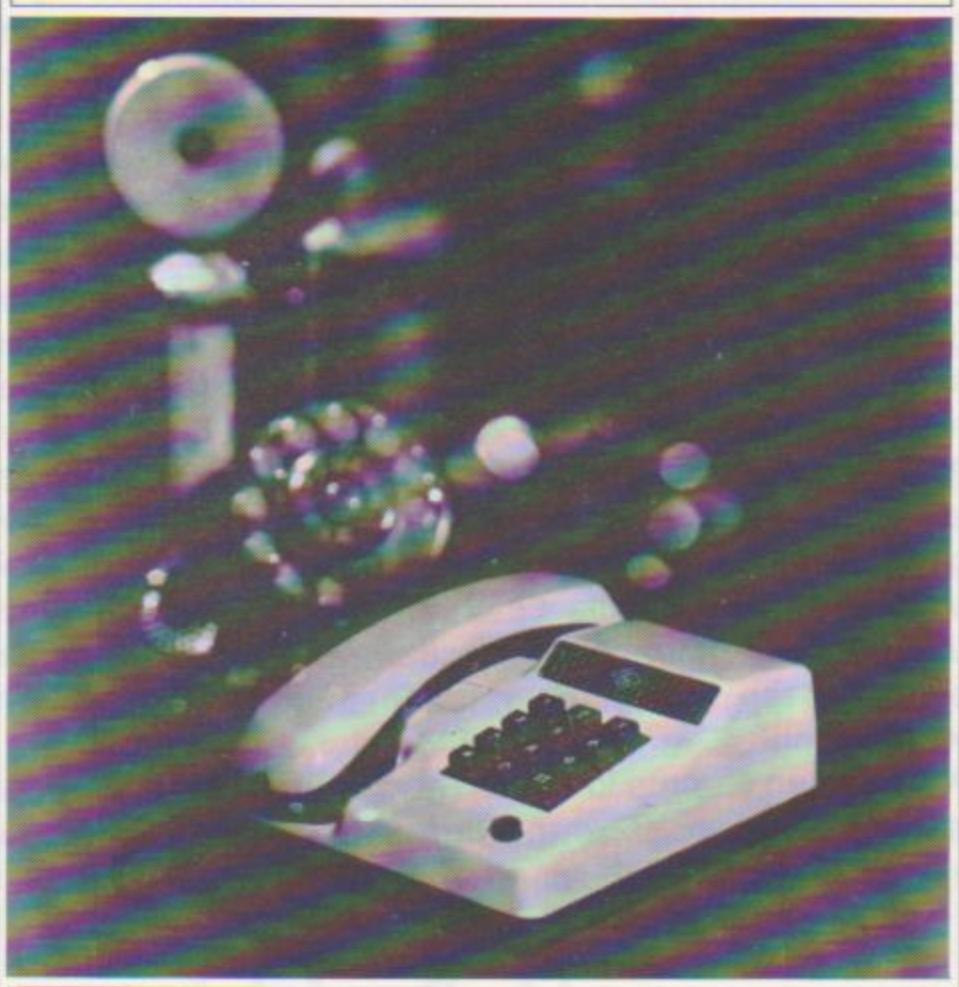
Es bestehen zwar Beziehungen zwischen dem Regelungsverfahren und der inhaltlichen Gestaltung der Dienstverhältnisse, weil die Kompetenzinhaber (Gesetzgeber, Tarifpartner) die Zielvorstellungen, nach denen das Dienstrecht ausgerichtet werden soll, und seinen Inhalt bestimmen können (vgl. Bericht der Studienkommission, Tz 880). Daher ist zu konzedieren, daß es im Sinne einer optimalen Realisierung der Reformvorschläge vorteilhafter wäre, die Entscheidung über das Regelungsverfahren nicht zurückzustellen.

Andererseits hat aber die Studienkommission bereits festgestellt, daß jedes Regelungsverfahren jede inhaltliche Gestaltung des Dienstrechts ermöglicht. Auch im überarbeiteten, vom Bundeskabinett am 19.5.1976 verabschiedeten Entwurf des Aktionsprogramms wird festgestellt: „Bei gleichen Zielen sind jedoch auch mit unterschiedlichen Regelungsverfahren gleiche inhaltliche Gestaltungen möglich. Daher können auch bei der verfassungsrechtlich vorgegebenen Unterscheidung zwischen Beamten und Arbeitnehmern die dringend notwendigen Maßnahmen zur inhaltlichen Gestaltung des Rechts der Beamten, Angestellten und Arbeiter unter Beachtung der Besonderheiten ihrer jeweiligen Rechtsstellungen mit Vorrang verwirklicht werden."

Diesen Ausführungen schließe ich mich voll an. Meine Bemerkung von der „weitgehenden" (nicht völligen!) Unabhängigkeit der inhaltlichen Gestaltung des Dienstrechts von der Entscheidung über das Regelungsverfahren ist in diesem Sinne zu verstehen.

3. Im übrigen teile ich nicht Ihre Auffassung, daß die drei Maßnahmenkomplexe Abstiegsmobilität, Einführung

Die „größte aller Maschinen"



Das weltumspannende Nachrichtennetz verbindet mehr als 340 Millionen Fernsprechteilnehmer rund um den Erdball direkt miteinander. Dazu kann man noch einmal die gleiche Anzahl von Menschen rechnen, die über öffentliche Fernsprecher in dieses Kommunikationsmittel miteinbezogen sind. Es ist die größte, komplizierteste und teuerste Gemeinschaftsleistung der Menschheit – die „größte aller Maschinen".
Wir sind eine der vier Amtsbaufirmen, die dazu beigetragen haben, daß die Bundespost heute eines der modernsten Fernsprechnetze der Welt hat. Und wir sind stolz darauf, daß wir auch an dem neuen elektronischen Wählsystem EWS 1 mitarbeiten, das eines Tages das jetzige elektromechanische Vermittlungssystem ablöst.

Ihr Partner für die gesamte Fernmeldetechnik.

FERNSPRECHSYSTEME · DATENSYSTEME
ZEITDIENSTSYSTEME · ZEITERFASSUNGSSYSTEME
GEFAHRENMELDESYSTEME · BAUELEMENTE

Telefonbau und Normalzeit,
6 Frankfurt am Main, Postfach 4432,
Unsere 290 Geschäftsstellen garantieren kundennahen Service.

10/15

von Spitzenpositionen auf Zeit und individuelle Leistungszulagen von vornherein mit dem Sinn der Institution des Berufsbeamtentums unvereinbar sind. Ich verkenne zwar nicht, daß eine Abstiegsmobilität und die Einführung von Spitzenpositionen auf Zeit bei nicht sachgerechter Ausgestaltung dieser Instrumente Gefahren für die Unabhängigkeit der Amtsführung mit sich bringen können. Hierzu ist jedoch festzustellen, daß weder die Studienkommission noch die Bundesregierung in ihrem Aktionsprogramm eine „allgemeine Abstiegsmobilität" vorgeschlagen hat, bei der es dem Dienstgeber überlassen wäre, Bedienstete allein nach Maßgabe ihrer Qualifikation und der Anforderungen des Dienstpostens auch auf geringer bewerteten Dienstposten einzusetzen. Gerade wegen der Gefahren für die Unabhängigkeit der Bediensteten knüpft das Aktionsprogramm die funktionale Herabstufung an die Voraussetzung anhaltend nicht den Mindestanforderungen genügender Leistung. Dabei wird in der Schlußfassung des Aktionsprogramms ausdrücklich betont, daß diese Vorschläge in der vorliegenden Form wegen Fehlens eines objektiven Beurteilungssystems nicht anwendungsreif sind und – soweit die Leistungsminderung in ursächlichem Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit steht – nach sozial angemessenen Lösungen gesucht werden muß.
Am ehesten stimme ich Ihnen noch hinsichtlich Ihrer Bedenken wegen der Einführung von Spitzenpositionen auf Zeit zu; allerdings nicht, weil diese Institution verfassungswidrig wäre, sondern weil ich glaube, daß es unmöglich ist, Regelungen zu entwickeln, die die Unparteilichkeit der Amtsführung und die Unabhängigkeit des Inhabers der Spitzenpositionen gewährleisten und gegen Mißbrauch durch Ämterpatronage sichern.
Die beiden anderen von Ihnen kritisierten Maßnahmenkomplexe – funktionale Herabstufung bei anhaltendem Leistungsabfall und Einführung von Leistungszulagen – scheinen mir vom Ansatz her durchaus geeignet, die Leistungsmotivation der Bediensteten zu verbessern, eine höhere Einkommensgerechtigkeit unter Leistungsgesichtspunkten zu erreichen und so die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zu erhöhen. Beide Regelungen sind auch mit Art. 33 Abs. 5 GG in Einklang zu bringen. Die Tatsache, daß eine Regelung bisher unüblich war, ist nämlich noch kein Beweis, daß es einem hergebrachten Grundsatz des Berufsbeamtentums entspricht, sie für die Zukunft auszuschließen oder zu verbieten. –
Die Redaktion der VHP-Zeitschrift beabsichtigt, Ihre Zuschrift und meine vorstehende Antwort in der nächsten Ausgabe zu veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

J. Paffen

Aktionsprogramm zur Dienstrechtsreform vom Bundeskabinett verabschiedet

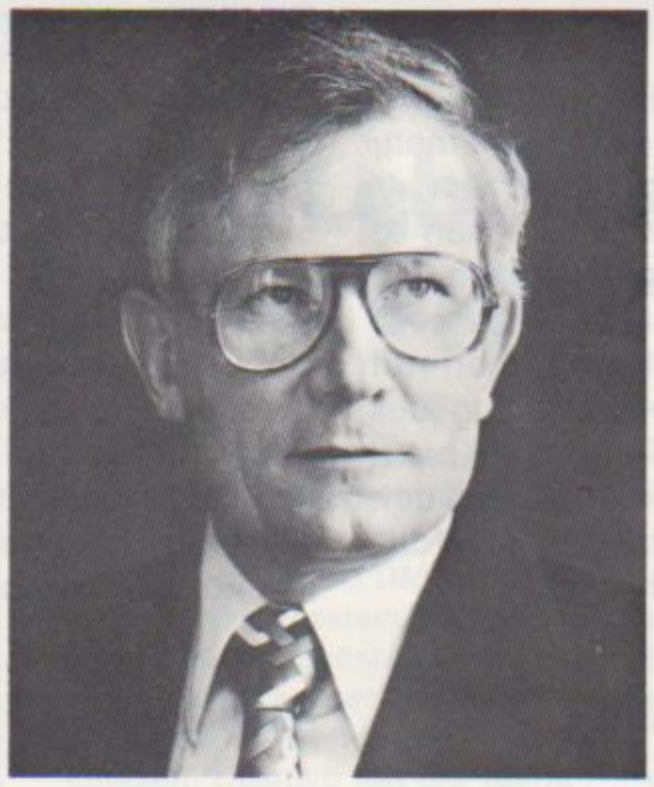
Das vom Bundesinnenministerium Ende November 1975 vorgelegte Aktionsprogramm zur Dienstrechtsreform (vgl. VHP-Zeitschrift Heft 2/1976, S. 6ff) ist in einer überarbeiteten Fassung am 19. Mai 1976 vom Bundeskabinett beschlossen worden.
Hinsichtlich des materiellen Inhalts der Reformvorschläge weist die Schlußfassung des Programms gegenüber dem Entwurf kaum Änderungen auf. Die Änderungen haben lediglich „kosmetischen" Charakter. So versucht man den durch den Entwurf in der Öffentlichkeit entstandenen Eindruck zu korrigieren, der öffentliche Dienst sei bisher vom Leistungsprinzip weitgehend unberührt geblieben. Es wird jetzt ausdrücklich festgestellt, daß der öffentliche Dienst in der Bundesrepublik Deutschland auf Grund seiner Leistungen keinen Vergleich mit entsprechenden Einrichtungen im In- und Ausland zu scheuen braucht.
Die Vorschläge zur funktionalen Herabstufung bei anhaltend nicht den Mindestanforderungen entsprechenden Leistungen werden als in vorliegender Form nicht anwendungsreif angesehen. Die provozierende und von den Gewerkschaften hart kritisierte Aussage, daß auch in Fällen nachgewiesener unverschuldeter Unfähigkeit eine Herabstufung auf einen geringer bewerteten Dienstposten möglich sein müsse, ist in der Schlußfassung in dieser Form nicht mehr enthalten. Vielmehr wird ausdrücklich festgestellt, daß dann, wenn die Leistungsminderung in ursächlichem Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit steht (z.B. Problem des Mitarbeiters, der sich im Dienst verbraucht hat), nach sozial angemessenen Lösungen gesucht werden muß.
Der Entwurf des Aktionsprogramms enthielt die Feststellung, daß die Frage des sog. Regelungsverfahrens nicht Gegenstand des Programms sei. Auf Drängen des Deutschen Beamtenbundes heißt es nun in der Schlußfassung ausdrücklich, daß das Aktionsprogramm keine Änderung des Grundgesetzes zum Ziel hat. Die verfassungsrechtlich gewährleistete gesetzliche Regelung, der Funktionsvorbehalt des Art. 33 Abs. 4 GG, die inhaltliche Bindung des Beamtenrechts an die Grundsätze des Art. 33 Abs. 5 GG und das Streikverbot für Beamte (Art. 33 Abs. 4 und 5 GG) bleiben ebenso unberührt wie die Tarifautonomie und das damit verbundene Streikrecht im Arbeitnehmerbereich (Art. 9 Abs. 3 GG). Die Bemühungen des DGB und der DPG um ein Einheitsdienstrecht auf der Grundlage des Status- und Folgerechts lassen sich danach zunächst nicht verwirklichen. DBB und DPV werten dies als Absage an Versuche, den Beamtenstatus auf kaltem Wege Schritt für Schritt abzubauen.
Nach Presse-Erklärungen des Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, Günther Hartkopf, enthält das Aktionsprogramm noch keine unmittelbar anwendungsreifen Vorschläge, die schon in dieser Legislaturperiode verwirklicht werden können. Allerdings solle noch in diesem Jahr mt der Erprobung geplanter Maßnahmen begonnen werden.
Bevor man eine einigermaßen treffsichere Prognose hinsichtlich der Realisierung des Aktionsprogramms wagen will, wird man erst einmal die Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 abwarten müssen.

J. Paffen

Der Dienstposten

Stefan: Vati, was ist eine Ausschreibung?
Vater: Hm, das kann verschiedene Bedeutungen haben. Einmal kann eine Arbeit, beispielsweise eine Bauarbeit, ausgeschrieben werden unter verschiedenen Firmen, die dann jeweils für die Ausführung dieser Arbeit ein Preisangebot machen.
Zum anderen kann auch eine Stelle, eine Beschäftigungsstelle ausgeschrieben werden. Wer sich für geeignet hält, diese Tätigkeit zu übernehmen, kann sich dann auch darum bewerben.
Stefan: Vati, Christel sagt, daß auch Dienstpost ausgeschrieben wird.
Vater: Dienstpost? Ach du meinst Dienstposten.
Stefan: Was ist ein Dienstposten?
Vater: Ein Dienstposten ist ein Arbeitsposten, der dauernd erforderlich ist, um bestimmte Aufgaben zu erfüllen.
Stefan: Vati, hast du auch einen Dienstposten?
Vater: Natürlich, jeder Beamte, jeder Angestellte und jeder Arbeiter bei einer Behörde hat einen Dienstposten.
Stefan: Vati, stimmt das, daß auch dein Dienstposten ausgeschrieben wird?
Vater: So? Woher weißt du denn das?
Stefan: Christel sagt, ihr Vater wüßte da genau Bescheid. Er hat nämlich einen heißen Draht zum Personalrat, sagt sie.
Warum wird dein Dienstposten ausgeschrieben?
Vater: Weil er jetzt höher bewertet ist.
Stefan: Bewertet?
Vater: Weil der Schwierigkeitsgrad meiner Tätigkeit gestiegen ist. Es sind neue Aufgabengruppen hinzugekommen, die ich übernehmen mußte.
Stefan: Warst du deshalb so häufig zu Lehrgängen?
Vater: Ja, zum Teil hat das damit zu tun. Außerdem habe ich mich durch langjährige Tätigkeit in dieses Spezialgebiet eingearbeitet. Deshalb wird jetzt mein Dienstposten höher bewertet.
Stefan: Höher bewertet?
Du könntest also befördert werden, weil du jetzt so gut Bescheid weißt und alles so gut machst?
Vater: Eigentlich ja, aber so einfach ist das nicht. Erst wird mein Dienstposten angehoben, dann ausgeschrieben. Danach muß ich mich natürlich um diesen meinen eigenen Dienstposten bewerben.
Stefan: Und wenn du das nicht tust?
Vater: Dann bewirbt sich ein anderer Kollege, bekommt diese Stelle, und ich muß eine andere Tätigkeit übernehmen.
Stefan: Und wenn du dich bewirbst, kann dann der andere Kollege diese Stelle nicht bekommen?
Vater: Das ist nicht ausgeschlossen. Wenn der andere besser beurteilt wird oder wesentlich dienstälter ist als ich, dann . . .
Stefan: . . . dann bekommt er deinen Dienstposten, nicht wahr?
Vater: Höchstwahrscheinlich.
Stefan: Und was machst du dann?
Vater: Ich werde dann einen anderen Dienstposten, d. h. einen anderen Arbeitsplatz übernehmen, in den ich mich dann wieder einarbeiten muß.
Stefan: Und der andere Kollege, der deinen Dienstposten bekommt, muß der sich nicht einarbeiten?
Vater: Doch, das muß er natürlich auch.
Stefan: Aber dann müßt ihr euch ja beide einarbeiten. Und außerdem, wenn du dich auf dem neuen Dienstposten dann wieder gut eingearbeitet hast, wird er dann wieder angehoben und ausgeschrieben und . . .
Vater: Und was?
Stefan: Und mußt du dich dann wieder bewerben, und wenn wieder ein anderer diesen Posten bekommt, mußt du dich dann erneut anderswo einarbeiten?
Vater: Also nun reicht es mir langsam. Ich muß schon sagen, du hast eine blühende Fantasie.
(Pause)
Stefan: Du, Vati, was ist eigentlich Wirtschaftlichkeit? *H. Plath*

Finanzminister Gaddum beim Bezirksverein Koblenz



Über die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen sprach der Finanzminister des Landes Rheinland-Pfalz, Gaddum, vor dem Bezirksverein unserer Vereinigung in Koblenz. An dieser Veranstaltung nahmen auch Gäste aus den Bezirksvereinen Frankfurt und Trier teil.
Finanzminister Gaddum, der durch Vorträge und Veröffentlichungen zu diesem Thema in der letzten Zeit häufig Stellung genommen hatte, ging von dem Grundgedanken aus, daß der Staat bestrebt sein sollte, so wenig wie möglich unternehmerisch tätig zu werden.
Das übermäßig starke staatliche Engagement führe dazu, daß Konjunkturschwankungen im wesentlichen von der Privatwirtschaft mit allen Konsequenzen aufgefangen werden müßten, während die Bereiche, in denen der Staat unternehmerisch tätig ist, besser geschützt sind.
Minister Gaddum untermauerte seinen Vortrag mit zahlreichen Beispielen vor allem aus dem kommunalen Bereich, die sich nach seiner Ansicht durchaus bewährt haben.
Im Anschluß an seinen Vortrag entwickelte sich eine lebhafte Diskussion. Dabei wurden auch die Grenzen der Privatisierung aufgezeigt, insbesondere in den Bereichen Theater, Badeanstalten u. a., bei denen ein kostendeckendes Eintrittsgeld zu hoch wäre. Andererseits hielt der Minister es durchaus für überlegenswert, z. B. Universitäten in Privathand zu geben. Den Studenten müßte dann zu Semesterbeginn ein entsprechendes Startkapital zur Verfügung stehen. In der Diskussion beantwortete der Minister auch Fragen, die über das eigentliche Thema hinaus gingen und u. a. die Bereiche Steuer- und Finanzpolitik umfaßten.

Professor Dr. W. Engels

Marktwirtschaft und Wachstum

Der Verfasser hat den hier mit freundlicher Genehmigung des „Fachverbandes Fernmeldebau" (FFB) nachgedruckten Vortrag auf der Vollversammlung des FFB im Januar 1975 gehalten. Der Vortrag ist im „Fernmeldereport", der Zeitschrift des FFB, im Mai 1975 erschienen.
Der Beitrag konnte aus redaktionellen Gründen erst in dieser Ausgabe veröffentlicht werden. Trotz des Zeitablaufs: Gedanken und Diagnose von Prof. Engels sind aktuell geblieben und können uns wichtige Denkanstöße vermitteln.

Professor Engels, Universität Frankfurt/Main, ist als Nationalökonom einer der größten Streiter für die soziale Marktwirtschaft.

Die Marktwirtschaft – so hörte man in jüngster Zeit – erzeugt immer mehr Konsumgüter; die Lebensqualität bleibt dabei zurück. Höhere Güter werfen keinen Profit ab, sie werden vernachlässigt. Die Kapitalverwertungsinteressen der privaten Wirtschaft führen zur Ausbeutung der natürlichen Ressourcen dieser Welt und zur Verschwendungsproduktion. Wir ersticken schließlich im eigenen Müll. Wenn die Menschheit überleben soll, darf die Wirtschaft nicht weiter wachsen.

Nachdem wir nun im Jahre 1974 kein Wirtschaftswachstum mehr hatten und es wahrscheinlich 1975 nicht mehr haben werden, wird dieser Zustand doch von vielen als Übel empfunden. Die Marktwirtschaft – so hört man es nun – sei unfähig, die Probleme einer hochentwickelten Wirtschaft noch zu lösen. Man ruft nach dem Staat für mehr Lebensqualität und für mehr Wachstum; man ruft nach Investitionslenkung und nach Verbreiterung des öffentlichen Korridors. Wenn man den Schuldigen nicht beim Wirtschaftssystem sucht, so sucht man ihn bei den Ölscheichs. Kurzum: Es besteht weder Einigkeit über das Ziel, noch über die Analyse, noch die Therapie.

Wachstum versus Lebensqualität

Für den Fachmann ist es ein alter Hut, daß das Bruttosozialprodukt sich als einziger Indikator für den Erfolg einer Wirtschaftspolitik nicht eignet. Das Sozialprodukt erfaßt nur diejenigen Güter und Dienstleistungen, die Marktpreise haben, also nur einen Teil aller Güter. Güter, die nicht bewertet werden, sind die Sauberkeit der Umwelt, die Vergrößerung der Freizeit, die Vergrößerung der Sicherheit, der soziale Friede. Wenn es gelänge, die Zeit, die Arbeiter in Vorortzügen als Pendler verbringen, zu verdoppeln, so würde sich das in einer Vergrößerung der Verkehrsleistungen und damit in einer Vergrößerung des Sozialprodukts niederschlagen. Wenn sich heute alle Ehefrauen entschlössen, ihren Ehemännern ihre Dienstleistungen nur noch gegen Entgelt anzubieten, wenn wir also die Ehe kommerzialisieren würden, so würde das auch das Sozialprodukt erhöhen. Umgekehrt vermindern alle Aufwendungen für die Reinhaltung der Umwelt das Sozialprodukt. Der Zuwachs der materiellen, marktmäßig gehandelten Güter wird für die Zukunft weniger bedeutungsvoll als andere Güter, wie Bildung, eine schöne Umgebung, Freizeit und Freizeitgestaltung, freiere Wahl der Arbeitsformen und der Arbeitszeit, wohnlichere Städte, sozialer Friede. Die Wissenschaft ist hier, wie so oft, hinter der Politik zurückgeblieben. Ludwig Erhard hat schon in den 50er Jahren betont, daß Wohlstand und Wachstum wichtig, aber nicht alles seien; man hat ihn damals als altmodischen Moralprediger verspottet.

Die Probleme, vor denen wir heute stehen, sind Wohlstandsprobleme. Wer gegen Hunger und Not zu kämpfen hat, der bringt kein Verständnis für die Probleme überquellender Mülltonnen auf. Auf der Stockholmer Umweltschutzkonferenz hat sich das in den Auseinandersetzungen zwischen entwickelten und Entwicklungsländern drastisch gezeigt. Die Probleme von heute sind Probleme eines zu großen wirtschaftlichen Erfolges, eines unerwartet raschen Wachstums und der Unfähigkeit, die Folgen dieses Wachstums vorauszusehen.

Markt versus Bürokratie

Das Wachstum und der materielle Wohlstand sind nach wie vor Indikatoren wirtschaftlichen Erfolges; wenn es auch nicht mehr die einzigen sind. Wenn ein Arbeiter in Leipzig heute – nach der Kaufkraft gerechnet – allenfalls die Hälfte von dem verdient, was ein Arbeiter in Frankfurt/Main erwirtschaftet, dann ist das nach wie vor ein Beweis für die Überlegenheit unserer Wirtschaftsform. Dabei tritt in den Planwirtschaften des Ostblocks eine deutliche Verlangsamung des Wachstums schon auf einer verhältnismäßig niedrigen Entwicklungsstufe auf. Geringer Wohlstand bietet immer bessere Wachstumschancen als ein hoher Entwicklungsstand. Zum einen ist das Ausgangsniveau niedrig, so daß prozentual gleiche Zuwachsraten weniger bedeuten als bei hohem Ausgangsniveau. Zum zweiten müssen hochentwickelte Länder ihren technischen Fortschritt selbst erzeugen, während

geringer entwickelte die Technik der höher entwickelten übernehmen können, und schließlich – besonders wichtig – wird die Bedeutung des Dienstleistungs-Sektors um so größer, je höher der Entwicklungsstand ist. Dieser Dienstleistungs-Sektor läßt sich aber kaum rationalisieren.

Am Rande sei bemerkt, daß die Wachstumsraten der Planwirtschaften systematisch statistisch überzeichnet werden. Bei den Meldungen von unten, von der Ebene der Produktion, nach oben in die Befehlszentralen werden die günstigen Ergebnisse gerne gemeldet, die ungünstigen verschwiegen oder verschleiert. Schätzungen westlicher Ökonomen für vergleichbare Wachstumsraten planwirtschaftlicher Länder kommen auf kaum mehr als die Hälfte der dort offiziell angegebenen Werte. Im Gegensatz zu häufig geäußerten Auffassungen eignet sich das Organisationsprinzip „Markt" für die Koordination von Entscheidungen in einer Wirtschaft um so besser, je höher entwickelt diese ist – wie das Organisationsprinzip „Bürokratie" (Zentralplanung) auf um so größere Schwierigkeiten stößt, je komplexer das System wird. Ich will die Gründe dafür nicht näher darlegen. Ganz allgemein gesprochen, ist die Dezentralisierung von Entscheidungen und ihre Koordination über den Markt ein Verfahren zur Reduktion von Komplexität und die Bedeutung eines solchen Verfahrens wird um so größer, je komplexer eine Organisation ist.

Bleibt zu prüfen, ob sich die Überlegenheit der Marktwirtschaft gegenüber bürokratischen Organisationsformen allein auf die Güterproduktion bezog, der bei bürokratischen Organisationsformen eine Überlegenheit in bezug auf die Produktion nichthandelbarer, „höherer" Güter gegenübersteht. Hierher gehört insbesondere die Umweltverschmutzung, die viel beschworene Gefahr, daß wir im eigenen Müll ersticken. Diese Gefahr ist gewiß nicht von der Hand zu weisen. Doch die Gegenbeispiele sind zahlreich: Die Ruhr, die Wupper, die Niers und Emscher waren um die Jahrhundertwende tote Flüsse; heute leben sie wieder. Die Luft an der Ruhr war vor 40 Jahren wesentlich dreckiger als heute. Die hygienische Umwelt bestand für zwei Drittel der Bevölkerung noch in einem Plumpsklo, und wenn man den Fliegen dort entgehen wollte, dann mußte man um die Mittagszeit aufs Klo gehen, da waren sie in der Küche. Um dieselbe Zeit gab es in fast allen Wohnungen noch rauchende und rußende Öfen und verseuchtes Trinkwasser war an der Tagesordnung. Unsere unmittelbare Umwelt ist in einem ganz außergewöhnlichen Maße sauberer und hygienischer geworden. Die Luft, die wir atmen, zumindest in der größeren Zahl der Fälle, auch.

Auch haben wir einen sehr bedeutenden Teil unseres Wirtschaftswachstums schon in der Vergangenheit nicht in der Form von Gütern, sondern in Form von Freizeit genommen. Der kleinere Teil davon besteht in der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit. Hinzu kommt die Verlängerung des Urlaubs, die Erhöhung der Krankentage, der spätere Eintritt ins Berufsleben, die durchschnittlich frühere Pensionierung. Auf die gesamte Bevölkerung und über das ganze Leben gerechnet ist der Mensch heute knapp zwei Stunden pro Tag erwerbstätig. Zum Vergleich: Derselbe Durchschnittsbürger verbringt

Ein Iduna-Sicherheitbringer.

Bernhard Malin, 75 Karlsruhe

Stellvertretend für die vielen anderen, die mit dem großen Iduna-Angebot Sicherheit ins Haus bringen.

„Eine Lebensversicherung muß dynamisch sein."

Wie gut eine Lebensversicherung ist, zeigt sich bei der Auszahlung. Denn 50.000 DM von heute sind nicht gleich 50.000 DM von morgen. Lebensstandard und Lebenshaltungskosten beeinflussen den Wert einer Lebensversicherung während ihrer ganzen Laufzeit. Deshalb hat die Iduna für ihre Lebensversicherungen die moderne Dynamik eingeführt. Das bedeutet: Immer, wenn der Höchstbeitrag bei der gesetzlichen Rentenversicherung steigt, bietet die Iduna ihren Versicherten eine prozentual entsprechende Erhöhung der Beiträge und Versicherungssummen an. Und zwar ohne erneute Gesundheitsprüfung! Sogar wenn Sie krank sein sollten, können Sie die Anhebung mitmachen. Sie können es aber auch lassen und auf eine der nächsten Anpassungen warten. Ganz wie Sie wollen. „Zusteigen" ist jedesmal aufs neue erlaubt.
Den Angehörigen der Post bietet die Iduna seit 70 Jahren günstige Tarife, vorteilhafte Bedingungen und hohe Überschüsse.

Sprechen Sie mit Ihrem Iduna-Sicherheitbringer. Er wird Sie über alles informieren, was Ihrem Schutz dient.

IDUNA
immer der richtige Rahmen

1,8 Stunden pro Tag vor dem Fernsehgerät. Um die Jahrhundertwende dürfte die durchschnittliche Arbeitszeit noch fast dreimal so groß gewesen sein. Zur Zeit der Währungsreform war sie fast doppelt so groß. Die Arbeitszeit hat sich aber nicht nur vermindert, sondern sie ist freier wählbar geworden. Die Teilzeitbeschäftigung hat zugenommen. Die Gleitzeit läßt den Menschen mehr Spielraum in der Arbeitszeitgestaltung. Auch die Sicherheit des einzelnen hat sich in ganz außerordentlichem Maße erhöht. Die Bundesrepublik steht mit der Soziallastquote von 27,1 % (für 1973) an der Spitze der Welt. Und nicht zuletzt hat nicht nur die formale Freiheit, die Freiheit vor dem Gesetz, sondern die materielle Freiheit – die Freiheit der Konsumwahl, der Arbeitsplatzwahl, der Lebensgestaltungs- und Entfaltungsmöglichkeiten – ein ganz außerordentlich größeres Ausmaß als vor 25 Jahren.

Die Planwirtschaften können bei diesen außerwirtschaftlichen Gütern noch weniger als beim meßbaren Bruttosozialprodukt mithalten. Die Probleme der Umweltverschmutzung treten dort schon bei einem sehr niedrigen Entwicklungsstand der Industrie ein. Das ist insofern nicht weiter verwunderlich, als zwar auch in der Bundesrepublik die Interessenten ein gewichtiges Wort bei der Gesetzgebung mitsprechen, daß sie aber in den Planwirtschaften in der Form von Industrieministern in der Regierung sitzen. Da diese Minister an den Zahlen des Sozialprodukts gemessen werden, so haben sie alle ein gemeinsames Interesse daran, kein Geld für den Umweltschutz auszugeben. Ein nahezu abenteuerliches Kapitel bürokratischer Wirtschaftslenkung ist aber die Verschwendungsproduktion. Daß die DDR wie andere planwirtschaftliche Staaten wesentlich mehr Kapital braucht, um dieselbe Menge von Gütern herzustellen wie etwa die Bundesrepublik, ist weitgehend bekannt. Daß sie aber auch ganz wesentlich mehr Energie verbraucht und diese auch noch in einer stärker umweltbelastenden Form, weiß man weniger. Die DDR erzeugt, bei einem Lebensstandard, der etwa die Hälfte des unseren erreicht, mehr Energie pro Kopf der Bevölkerung als die Bundesrepublik. Wer das weiß und in die DDR fährt, kann sich nur wundern: Die privaten Haushalte verbrauchen nicht nur viel weniger Energie, oft wird überdies der Strom abgeschaltet. Strom- und Wärmebedarf der Industrie fressen die gewaltige Produktion auf. Die Infrastruktur ist in keinem der planwirtschaftlich organisierten Länder auch nur annähernd so gut wie in der Bundesrepublik. Und die soziale Sicherung schließlich bleibt weit hinter unserer zurück. Der Rentner sinkt auf ein Drittel seines Lebensstandards im Alter ab, und wer als Rentner aus der DDR in die Bundesrepublik kommt, der hat meistens mehr Kaufkraft, als er in der DDR zu aktiven Zeiten hatte. Und über die formelle und materielle Freiheit des einzelnen braucht man wohl kaum Worte zu verlieren. Kurz, die bürokratischen Wirtschaftsorganisationen bleiben in der Produktion „höherer" Güter noch weiter hinter den Marktwirtschaften zurück als in der Produktion materiellen Wohlstandes.

Wachstumskräfte

Würde sich heute ein verantwortlicher Politiker ein Buch über Wachstumstheorie kaufen, um daraus zu lernen, wie man denn das Wirtschaftswachstum wieder in Gang bringt – er fände nichts dergleichen. Die Wachstumstheorie beschäftigt sich mit dem gleichgewichtigen Wachstum, wobei es immer höchst unklar ist, was man mit „Gleichgewicht" meint und ob es schön sei, Gleichgewicht zu haben. In unseren Lehrbüchern findet sich nichts über die eigentlichen Quellen des Wachstums: Fleiß, Initiative, Leistung, Sparsamkeit. So ist es denn nicht weiter verwunderlich, daß man auch in der Wirtschaftsdiskussion unserer Tage in der Politik oder in der Schule von diesen Worten nichts mehr hört. Doch ist diese alte Grundweisheit wie eh und je gültig: Ohne Fleiß, ohne Leistung, ohne Sparsamkeit, ohne Initiative, ohne Erfindungsreichtum kein Wohlstand und kein Wachstum. Unsere Wachstumskrise beruht darauf, daß die Quellen des Wohlstandes eingeschnürt, abgeschafft, verspottet, erstickt werden.

Man mag sich noch darüber streiten, ob unsere Besteuerung insgesamt leistungsfeindlich ist. In weiten Bereichen ist sie es sicher. Wenn man die Grenzsteuersätze, die wegfallenden Subventionen und Vergünstigungen zusammenrechnet, so gibt es weite Einkommensbereiche, in denen es sich überhaupt nicht mehr lohnt, mehr zu verdienen, weil der Grenzsteuersatz den 100 % nahekommt. Der paradoxe Fall wird immer häufiger, daß sich der Angestellte nach einer Gehaltserhöhung schlechter steht als vorher. Viel verhängnisvoller ist, daß das Leistungsprinzip selbst in weiten Bereichen außer Kraft gesetzt wird. Das gilt nicht nur für die staatliche Bürokratie, die weitgehend nach dem Laufbahnprinzip organisiert ist, sondern auch für weitere andere Gruppen der Bevölkerung, in der das Leistungsprinzip immer mehr durch das Lautstärkeprinzip oder durch das Parteibuchprinzip ersetzt wird. Das gilt aber vor allen Dingen dort, wo sich der einzelne besser steht, wenn er die vielerlei staatlichen Vergünstigungen ohne Leistung in Anspruch nimmt, als wenn er getreulich seine Pflicht erfüllt. So wird nicht nur immer mehr Zeit darauf verwendet, die Wohltatendes Sozialstaates auszukundschaften, es wird auch die Leistungsmoral untergraben und der einzelne Bürger hat nicht mehr das Gefühl, daß er durch eigene Leistung mehr erreichen kann, als wenn er in geschickter Weise die Gemeinschaft ausbeutet. Das ist wiederum kein Vorwurf gegen den einzelnen Bürger. Wenn wir Systeme schaffen, in denen Leistung nicht belohnt, sondern bestraft wird, so unterminiert der Staat selbst die Leistungsmoral und damit einen der wichtigsten Pfeiler des Wohlstandes.

Mit der Initiative ist es ähnlich. Die Zeiten eines Neckermann, eines Grundig, eines Schickedanz, Bölkow oder Nixdorf sind vorbei. Es wird immer schwieriger, selbständig zu werden, und der Anteil der Selbständigen ist zwischen 1950 und 1970 von einem Drittel auf ein Sechstel der erwerbstätigen Bevölkerung geschrumpft. Die Bürokratien der Großunternehmen sind der Neuerung und der Initiative fast ebenso feindlich wie die Bürokratien des Staates. Es kommt hinzu, daß auch der Anreiz zur Initiative immer kleiner wird. Dafür ist nicht nur die Flucht aus der Selbständigkeit, sondern auch der Andrang zum Beamtenstatus ein ünübersehbarer Indikator.

Schließlich scheint wenigstens die Sparsamkeit noch eine ungebrochene Tugend zu sein. Indes geht die gesamtwirtschaftliche Kapitalakkumulationsrate, also das Verhältnis der Kapitalneubildung zum Sozialprodukt, seit Jahren tendenziell zurück. Die Sparquote der privaten Haushalte ist zwar hoch, aber sie steigt nicht mehr, während die Ersparnisse der Unternehmen in der Form von einbehaltenen Gewinnen und die Ersparnisse des Staates seit Jahren zurückgehen. Auf der anderen Seite beobachten wir eine Flucht in die kollektiven

Sicherungssysteme und damit eine Abkehr von der Vorsorge durch Vermögensbildung, die sich über kurz oder lang auch in einer sinkenden Sparquote der privaten Haushalte niederschlagen wird. Wenn sich die Ersparnis nicht mehr rentiert – sei es wegen der Inflation, sei es wegen der marktmäßigen oder politischen Risiken von Sachvermögen –, dann wird die Vorsorge auf andere Formen verlagert – von der Flucht in die Unselbständigkeit und ins Beamtentum bis zum Drang in Versicherung und Sozialversicherung.

Falsche Weichenstellungen

Keine Wirtschaftsordnung kann mehr vollbringen, als die natürlichen Begabungen eines Volkes entfalten. Wenn es weder Fleiß, noch Sparsamkeit, noch Erfindungsreichtum gibt, versagt jede Wirtschaftsordnung. Die Wirtschaftsordnung kann nur dafür sorgen, daß alle an einem Strang ziehen. Gerade das wird aber immer mehr verhindert. Es gibt immer mehr Leute, die fleißig sind, ohne daß sie für die Gesamtheit eine Leistung erbringen. Die Professoren an den Universitäten sind statistisch besonders fleißige Leute – aber ihre produktive Arbeitszeit geht an demokratisierten Universitäten dauernd zurück. Nicht nur die staatliche Bürokratie nimmt zu, sondern auch die Hilfsbürokratien dieser staatlichen Bürokratie in den Unternehmen, insbesondere den Großunternehmen, wobei diese Bürokratien häufig keine andere Aufgabe haben, als sich gegenseitig in Schach zu halten. Die Steuerberater sind ehrbare und für ihre Kunden sehr nützliche Leute, gesamtwirtschaftlich aber sind sie unproduktiv. Je stärker wiederum die Bürokratien wachsen – seien es staatliche, seien es private – um so mehr Leute gibt es, die sich gegenseitig zu beschäftigen haben, denn jeder Dienstweg braucht eine Kontrolle, und jede Kontrolle erzeugt den Drang, sich dieser Kontrolle zu entziehen. Der Leistungsanteil einer Bürokratie wird immer kleiner, je größer sie wird.

Die vergangenen Jahre haben ein außerordentliches Wachstum der Polizei und der Justiz – vom Richter bis zum Rechtsanwalt – mit sich gebracht. Doch diese größer gewordene Justiz wurde nur deshalb nötig, weil immer mehr Prozesse geführt und Straftaten begangen werden. Die innere Sicherheit und die Rechtssicherheit sind nicht gestiegen. Jeder, der heute in leitender Position – sei es als Unternehmer, sei es als leitender Angestellter, sei es als leitender Beamter – beschäftigt ist, verspürt daselbe Übel, daß sich nämlich seine Arbeitszeit immer weniger auf seine Aufgabe richtet, sondern daß er immer mehr mit Querelen zu tun hat, und diesen Querelen steht auch immer ein Partner gegenüber, der dieselben Querelen hat. Die sogenannte Demokratisierung mancher Institutionen hat eine Sitzungsverwaltung zur Folge, die zwar Kosten, nicht aber Leistungen produziert. Man wirft der Werbung oft und mit einem gewissen Recht vor, daß sie eine Verschwendung wirtschaftlicher Ressourcen darstelle. Aber hier schießt man mit Kanonen auf Spatzen, während Dinosaurier frei herumlaufen dürfen.

In den schon einmal zitierten volkswirtschaftlichen Lehrbüchern findet man als die Hauptaufgabe des Marktes die optimale Lenkung der Produktionsfaktoren. Der Markt hat die Aufgabe ordentlich bewältigt. Der Staat aber hat in diesen Lenkungsmechanismus in vielerlei Weise eingegriffen, mit dem Erfolg, daß wir heute gewaltige Kapitalfehlleitungen – und das heißt immer auch Arbeitsfehlleitung – haben. Der Wohlstand bleibt dann insgesamt viel niedriger, als er sein könnte, wenn man die Produktion verschwendungsfrei organisieren würde. Ich will nur einige wenige Beispiele für solche Kapitalfehlleitungsmechanismen geben. Zum einen ist der Zugang zum Kapitalmarkt heute außerordentlich eng begrenzt. Zugang zum organisierten Kapitalmarkt haben überhaupt nur große Unternehmen. Das wiederum bedeutet, daß sie reichlicher und billiger Kapital kriegen als kleinere Unternehmen und deshalb einen Wettbewerbsvorsprung haben, der aus ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht zu rechtfertigen ist. Diese Tatsache hängt sowohl mit der Regulierung des Kapitalmarktes als auch mit der Steuergesetzgebung zusammen. Große Unternehmen können leichter und billiger wachsen als kleine. Die Doppelbesteuerung in der Form der Körperschaftsteuer bewirkt ein weiteres. Die doppelte Steuerlast auf die Dividenden (Körperschaftsteuer und Einkommensteuer) wirkt wie ein Zoll auf die Ausschüttung von Gewinnen. Gewinne werden auch dann im selben Firmenmantel wieder angelegt, wenn sie außerhalb des Unternehmens nutzbringendere Verwendungsmöglichkeiten haben. So können nicht nur kleine Unternehmen nicht wachsen, weil ihnen der Zugang zum Kapitalmarkt weitgehend verwehrt ist, sondern große Unternehmen müssen auch dann weiterwachsen, wenn dieses Wachstum gesamtwirtschaftlich unproduktiv ist. Das Beispiel der ganz gewaltigen Kapitalfehlleitungen durch sogenannte Steuerspargesellschaften will ich hier gar nicht weiter ausführen. Am auffälligsten aber werden die Kapitalfehlleitungen dort, wo der Staat selbst in die Lenkung der Kapitalströme eingreift. Die Diskussion um die sogenannte Investitionslenkung erweckt den Ein-

Versicherungen? Da halte ich mich an die Spezialisten.

Viele sagen es. Und meinen unsere Spezialtarife für den öffentlichen Dienst. Zum Beispiel die B-Tarife für die Hausrat-, Kfz-, Haftpflicht- und Unfall-Versicherung. Außerdem Lebens-Versicherung und Kranken-Zusatzversicherung. Informieren Sie sich. Senden Sie diesen Coupon an die DBV.

Eigens für uns im öffentlichen Dienst.

Ich möchte informiert werden. Mich interessiert:
☐ Lebens-Versicherung ☐ Kfz-Versicherung ☐ nebenberufliche
☐ Kranken-Versicherung ☐ Unfall-Versicherung Tätigkeit als
☐ Hausrat-Versicherung ☐ Haftpflicht-Versicherung Vertrauensmann

Name _____ Beruf _____

Adresse _____ Dienststelle _____

70 E

DBV

An die DBV,
62 Wiesbaden,
Frankfurter Straße 50

Deutsche Beamten-Versicherung

Unternehmen der DBV-PARTNER-Gruppen

druck, als ob Investitionen heute allgemein durch Private gelenkt werden. In Wirklichkeit wird mehr als die Hälfte aller Investitionen entweder unmittelbar staatlich gelenkt oder aber doch staatlich stark beeinflußt. Dort, wo der Staat besonders stark eingreift, sind auch die Fehlleitungen besonders ausgeprägt: Ich brauche hier nur an die Landwirtschaft und das Bildungswesen zu erinnern.

Zur Begründung des Staatseingriffs in die Lenkung der Kapitalströme dient immer das Argument, in der Wirtschaft würden nur die niederen Güter erzeugt, es gälte aber immer, mehr „höhere" Güter herzustellen. Ich könnte an vielen Beispielen darlegen, daß diese Begründung unsinnig ist. Ich will es nur an einem Bereich, der sogenannten Humanisierung der Arbeitswelt, erläutern. Das heute so sehr verdammte Fließband ist – betriebswirtschaftlich betrachtet – ein Mittel der Kapitalersparnis dadurch, daß man kurze Durchlaufzeiten erzielt. Die ebenso beklagte Schicht- und Nachtarbeit ist ebenfalls eine Organisationsform, die dazu bestimmt ist, das knappe Kapital besser auszunützen, ist also eine Organisationsform zur Ersparnis von Kapital. Die Verstopfung unserer Straßen durch Lastzüge hängt weitgehend damit zusammen, daß Lastzüge Güter drei- bis viermal so schnell transportieren wie die Deutsche Bundesbahn, und daß man dadurch wiederum viel Kapital spart. Wäre das Kapital für die Wirtschaft reichlicher und billiger – und das könnte es sein – dann würden das Fließband oder die Schichtarbeit oder der Transport durch Lastwagen wirtschaftlich uninteressanter. Das würde mehr zur Humanisierung der Arbeitswelt und zur Verbesserung dier Umwelt beitragen als die meisten gut gemeinten Programme.

Ich hatte bereits darauf hingewiesen, daß eine Fehllenkung des Kapitals immer auch eine Fehllenkung der Arbeitskraft bedeutet. Nach den herrschenden Vorstellungen der Wachstumstheorie müßten die Auswirkungen bei der Arbeitskraft etwa viermal so stark sein wie beim Kapital selbst. Aber auch die Arbeitskraft selbst wird falsch gelenkt. Das hängt insbesondere damit zusammen, daß heute jemand, der von einem Ort zum anderen umzieht, fast immer 100, 200 oder noch mehr DM an Miete mehr zu zahlen hat, als er an seiner alten Wohnstätte hatte. Das ist ganz besonders ausgeprägt beim sogenannten sozialen Wohnungsbau. Das bedeutet nun nichts anderes, als daß man die Arbeitskräfte dort festhält, wo sie sind, daß man ihre Mobilität herabsetzt. Das hat dann weiter die Folge, daß Industriebetriebe sich da ansiedeln müssen, wo viele Arbeitskräfte sind, und das wiederum fördert die Zuwanderung von Arbeitskräften an diese zentralen Orte. So führen Dinge wie Mieterschutzgesetzgebung und sozialer Wohnungsbau, die als soziale Maßnahmen gedacht sind, zum Problem der übermäßigen Ballung auf der einen Seite und der Entvölkerung ganzer Landstriche auf der anderen Seite. Dabei entstehen nicht nur ganz unnötige und überproportionale soziale Kosten, es entsteht auch das Problem, daß die Leute einen großen Teil ihrer Zeit als Pendler verbringen. Da nun die sozialen Probleme in den Ballungsgebieten immer stärker werden, wendet der Staat gewaltige Mittel auf, um Straßen, Schulen, Nahverkehrsverbindungen, U-Bahnen u.a. zu bauen. Entgegen einer gängigen Meinung fördert der Staat die Ballung einerseits und die Entvölkerung andererseits nicht nur dadurch, daß er die Arbeitskraft immobilisiert, sondern auch dadurch, daß er in die Ballungsräume viel mehr Geld hineinsteckt als in die Entvölkerungsgebiete.

Zählen wir all diese Faktoren zusammen, von der Bürokratisierung und Sitzungsverwaltung über die Förderung der Großbetriebe bis zur Arbeits- und Kapitalfehlleitung, und betrachten wir deren Größenordnungen, so werden hier gewaltige Entwicklungskräfte gebunden, es werden außerordentlich große Reserven, die der Vergrößerung unseres Wohlstandes dienen könnten, verschwendet. All das, was uns als eine wünschenswerte und schönere Zukunft dargestellt wird, könnte geleistet werden, würde man nicht Fleiß und Initiative ersticken, Leistung bestrafen, Sparsamkeit unnötig erscheinen lassen, würde man dem Tüchtigen bessere Chancen geben und die Entfaltung der Kräfte nicht in einer immer höher werdenden Papierflut ersticken.

Die Produktivitätskrise ist beim Staat

Die Forderung nach Verbreiterung des öffentlichen Korridors und die Behauptung, wir würden unter öffentlicher Armut leiden, nimmt sich seltsam aus, wenn man bedenkt, daß in der kurzen Zeit nach dem Krieg mehr Schulen, mehr Straßen, mehr Brücken, mehr Universitäten und mehr Rathäuser gebaut worden sind als in den 1000 Jahren zuvor. Wenn man sich die Zahlen über die öffentlichen Investitionen einmal näher betrachtet, so macht man allerdings eine ganz verblüffende Feststellung: In den fünfziger und sechziger Jahren sind die staatlichen Investitionen annähernd doppelt so schnell gestiegen wie das Volkseinkommen. Seit Ende der sechziger Jahre geht dieser Satz aber ganz drastisch zurück, und heute liegt das Wachstum der öffentlichen Investitionen – real gerechnet – weit unter dem Wachstum des Volkseinkommens (und dieses wächst schließlich kaum mehr). Das findet seinen Ausdruck darin, daß der Anteil der Investitionen an den öffentlichen Gesamtausgaben speziell in den letzten drei Jahren ganz außerordentlich schnell zurückgegangen ist. Über die Ursache ist in letzter Zeit viel diskutiert worden. Die Personalkosten im öffentlichen Bereich sind so gestiegen, daß sie einen immer größeren Teil der staatlichen Einnahmen beanspruchen. Das liegt einmal daran, daß die Löhne und Gehälter stark gestiegen sind, zum zweiten daran, daß immer mehr Beamte in höhere Positionen befördert worden sind, und schließlich daran, daß die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst immer stärker zunimmt. In den letzten Jahren gab es eine ganze Reihe von Steuererhöhungen durch Erhöhung der Steuersätze. Der größte Zuwachs der Steuereinnahmen entstand aber dadurch, daß durch die Inflation immer mehr Arbeitnehmer und andere in die höheren Stufen der Progression aufstiegen. Die durchschnittliche Belastung der Löhne mit Lohnsteuer lag 1969 noch bei rund 9 %; sie wird 1974 auf rund 15 % angestiegen sein, und auch nach der Steuerreform, die als große Entlastung der unteren Einkommen gepriesen wird, liegt sie noch bei rund 12 %, also immer noch um ein gutes Drittel höher als 1969. Gleichzeitig wird der Staat im laufenden Jahr nach offizieller Schätzung ungefähr 50 Mrd. DM Schulden aufnehmen müssen, also fast vier Fünftel von dem, was die privaten Haushalte insgesamt ersparen. Aber diese offizielle Schätzung ist in Wirklichkeit viel zu niedrig. Die Einnahmeschätzungen gingen von einer viel zu optimistischen Betrachtung der Wirtschaftslage aus. Die Neuverschuldung des Staates wird in Wirklichkeit die gesamten privaten Ersparnisse verbrauchen. Das Bild ist wirklich trübe: höhere Steuern, weniger Investitionen, mehr Schulden.

Es gibt immer noch Leute, die den Bundestag danach beurteilen, wie viele Gesetze er macht. Aber jedes Gesetz vermehrt die Bürokratie. Von 1950 bis 1969 erhöhte sich das Volumen des Bundesgesetzblattes von rund 1100 auf rund 1300 Seiten. In den sechs folgenden Jahren erst kam ein scharfer Anstieg: 1974 wurden uns 3000 Seiten neue Gesetze beschert. Vernünftigerweise sollte man einen Bundestag danach beurteilen, wie viele Gesetze er abschafft. Und der staatlichen Bürokratie steht ein Wachstum der privaten Bürokratie in den Großunternehmen gegenüber, so daß die eigentlich produktive Arbeitszeit drastisch zurückgeht. Parkinson hat die Gesetze der Bürokratie in einer äußerst witzigen Form dargestellt. Man hat Parkinsons Gesetz immer für eine Übertreibung mit einem Körnchen Wahrheit gehalten. Die neueren Forschungen über die Wirkungsweise und die Entwicklung der Bürokratie haben aber nur das bestätigt, was Parkinson als Satire gedacht hatte. Ämter sind um so größer, je älter sie sind, Ämter schrumpfen nicht, sie können nur wachsen. In der Bürokratie beschäftigen sich die Leute gegenseitig, und je größer die Bürokratie wird, um so kleiner wird ihr Wirkungsgrad. Ein Beamter wird um so besser bezahlt, je mehr Untergebene er hat, und so ist das gesamte Streben der Bürokratie darauf gerichtet, sich zu vermehren.

Eine besonders verhängnisvolle Rolle spielt dabei die immer stärkere Zentralisierung von Entscheidungen im Staate. In den letzten Jahren sind eine Fülle von Kompetenzen der Länder auf den Bund, von den Gemeinden auf die Kreise, die Umlandverbände, die Länder übertragen worden, wurden ehemals selbständige Gemeinden zu Großgemeinden zusammengeschlossen. All dies wurde damit begründet, daß so eine größere Rationalität, eine größere Einheitlichkeit, eine rationellere Verwaltung möglich sei. Die Zahlen sprechen hier eine andere Sprache. Bis jetzt hat jede Zusammenlegung von Gemeinden die Kosten nur erhöht oder die Leistungen vermindert. Die Verwaltung wird nicht nur teurer, sondern auch bürgerferner; an die Stelle kleiner und überschaubarer Verwaltungsapparate treten große und nicht mehr kontrollierbare Bürokratien. Die Gemeinden werden zwar immer unwichtiger, aber ihre Verwaltung wird immer größer. Bei alledem wird die Rationalität der Entscheidungen nicht etwa vergrößert. Vielmehr werden die Verhältnisse weniger überschaubar; es wird immer schwieriger zu beurteilen, wo was wichtig ist. Die Fehler, die man beseitigen wollte, werden nur vereinheitlicht und oft noch vergrößert. All das ist nicht nur ökonomisch irrational (was sich an den Zahlen deutlich ablesen läßt), sondern überdies ein Verlust an demokratischer Substanz. Die angestrebte Demokratisierung aller Lebensverhältnisse endet in Bürokratisierung.

Ich will diese Behauptungen an einigen ganz wenigen ausgewählten Beispielen belegen. Diese Beispiele sind die Bildung, die Gesundheit sowie Bahn und Post.

Lassen Sie mich aus den vielerlei Institutionen des Bildungswesens nur die Universitäten herausgreifen. Im Jahre 1955 wurden von einer Lehrkraft noch mehr als drei Absolventen ausgebildet. Im Jahre 1971 waren es nur noch 1,5, und inzwischen dürfte die Kennzahl auf 1,2 abgesunken sein. Rechnet man das nichtwissenschaftliche Personal hinzu, so kamen auf einen Absolventen pro Jahr im Jahre 1955 rund 0,3 Festbedienstete, heute sind es 1,5. Ein Studienplatz kostete 1971 in den USA rund 10000 DM, in der Bundesrepublik rund 17000 DM pro Jahr. Das Bild täuscht jedoch. Pro Absolvent gerechnet, liegen die Kosten in der Bundesrepublik dreimal so hoch wie in Amerika, weil der deutsche Student viel länger studiert und häufiger vorzeitig scheitert. Dabei ergeben sich innerhalb des Hochschulbereichs große Unterschiede, je nachdem, ob es sich um eine moderne, progressive oder um eine altmodische Universität handelt. Die Freie Universität Berlin – das Musterbeispiel der Reformer – kostet pro Absolvent doppelt soviel wie die etwas altmodischere Universität Erlangen-Nürnberg. Dafür ist dann das Berliner Examen weniger wert als das Nürnberger. Die Ausbildungsdauer ist beispielsweise in der Betriebswirtschaftslehre von 1955 bis 1975 von 7 auf 12 Semester gestiegen. In der Medizin haben sich die Sach- und Personalkapazitäten in den letzten 10 Jahren mehr als verdoppelt, während die Ausbildungsleistung gleich geblieben ist. Diese wenigen Zahlen sollen nur eine Tendenz illustrieren, die zwar an den Universitäten besonders ausgeprägt ist, die sich aber im Bildungswesen vom Kindergarten über die Volksschule bis zu Gymnasium und Berufsschule überall wiederfindet: Die Leistungsfähigkeit unseres Bildungswesens geht rapide zurück, bei ebenso schnell steigenden Kosten. Die Kosten des Bildungswesens liegen heute bei einem knappen Fünftel der öffentlichen Gesamtausgaben; 1961 war es noch ein Zehntel und 1951 nur ein Vierzehntel. Und die Tendenz, die sich an den Hochschulen zeigt, läßt sich ebenfalls für den Rest des Bildungswesens verallgemeinern: je reformierter, um so weniger leistungsfähig.

Im Gesundheitswesen enthüllen die Zahlen ein fast noch schlimmeres Bild. Rechnet man zu den Kosten des Gesundheitswesens auch die ausgefallene Produktion wegen Krankheit, so gibt das gesamte deutsche Volk ein rundes Viertel seines Einkommens für Gesundheit aus und damit mehr als jedes andere Volk der Welt. Mit Ausnahme der Schweiz steht die Bundesrepublik an der Spitze der Versorgung mit Krankenhausbetten; wir haben eine sehr hohe Arztdichte. Trotzdem hat die Bundesrepublik rein statistisch gesehen den höschten Krankenstand der Welt. Es wird ständig über den Mangel an Krankenhausbetten und an Ärzten geklagt. Legt man die Anzahl der Krankenscheine auf die Anzahl der Arztstunden um, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die durchschnittliche Behandlungsdauer des Kassenpatienten gerade drei Minuten ist. Auch an anderen Indikatoren gemessen, wie etwa der Säuglingssterblichkeit oder der mittleren Lebenserwartung, schneidet die Bundesrepublik keineswegs besonders gut ab. Die Kosten steigen im

Das GfB-Kreditprogramm
für Beamte und Angestellte ö. D.:

bis zu DM 90 000,– normale Tilgung
keine fremde Bürgschaft
Auszahlung 100 %

Laufzeit 1 – 20 Jahre
oder tilgungsfrei
stille Gehaltsabtretung
freie Verwendung

Monatsrate pro DM 10 000,– Kreditsumme z. B.:
bei einer Laufzeit von 10 Jahren ab DM 139,–
bei einer Laufzeit von 20 Jahren ab DM 103,–
incl. Zinsen von 7,5 % p. a. (Effektivzins 7,7 %)
Informationen unverbindlich (keine Hausbesuche)

VERMITTLUNGS-
Gesellschaft für Beamtenkredite m.b.H.
2000 Hamburg 52, Oelsnerring 55, Tel. (040) 82 79 02

Zeitablauf sprunghaft an. In Berlin beispielsweise sind die Krankenhauskosten allein im letzten Jahr um 53 % gestiegen. Im Jahre 1978 soll der Beitragssatz der Krankenversicherungen von heute 9,5 auf über 13 % steigen.

Im Verkehrsbereich – bei der Bahn und bei der Post und bei öffentlichen Nahverkehrsbetrieben – sieht es nicht besser aus. Die Bundesbahn ist heute nicht mehr in der Lage, aus den Erlösen die Personalkosten zu decken. Rechnet man alles zusammen, was der Bund der Bahn zukommen läßt, so kommt man auf einen Betrag von rund 10 Mrd. DM. Die gesamte Gewinnsteuer der Unternehmen – die Körperschaftsteuer – bringt ungefähr 10 Mrd. Einnahmen. Sie reicht also gerade aus, um das Defizit der Bundesbahn zu decken. Wir hören ständig von neuen Verkehrskonzepten und Unternehmensplanungen der Bundesbahn, und von Jahr zu Jahr steigt das Defizit sprunghaft an. Bei den öffentlichen Nahverkehrsbetrieben ist es kaum anders. Bei der Frankfurter U-Bahn wird von vornherein einkalkuliert, daß sie ihre Kosten nur zu 40 % aus Fahrkartenverkauf decken kann. Die Eisenbahnen anderer Länder, wie etwa die der Schweiz oder Frankreich, erwirtschaften ihre Kosten und teilweise noch einen Überschuß. Die privaten Eisenbahngesellschaften der USA sind zwar wegen des Konkurses der Penn-Central in Verruf gekommen. Aber trotzdem sollte man bedenken, daß diese Eisenbahngesellschaften in ihrer Gesamtheit nicht Subventionen vom Staat kassieren, sondern Steuern an den Staat abführen.

Die Bundespost warf noch vor kurzer Zeit nicht unbeträchtliche Überschüsse ab. Inzwischen ist sie auch tief im Defizit. Der Fall der Post erscheint mir fast noch schwerwiegender als der der Bahn zu sein. Die Post verfügt im Telefonverkehr, im Fernschreibverkehr und bei der Datenfernübertragung über Monopole in ausgesprochenen Wachstumsbereichen. Und gerade diese Bereiche lassen sich fast völlig automatisieren. Es gibt keinen Bereich der Wirtschaft, in dem die Rationalisierungschancen so groß wären wie bei der Post. Trotzdem hat die Deutsche Bundespost fast in allen Bereichen Weltspitzenpreise. Wärend man beim Riesendefizit der Bundesbahn immerhin berücksichtigen muß, daß sie sich der Konkurrenz des Lastwagens, der Schiffahrt und der Pipeline ausgesetzt sieht, so ist die Post nicht nur konkurrenzlos, also in der Lage, ganz besonders hohe Preise zu verlangen, sie bietet außerdem noch viel günstigere Rationalisierungsmöglichkeiten. Wenn man eine angemessene Verzinsung des eingesetzten Kapitals berücksichtigen würde, so müßten Bahn, Post und Nahverkehrsmittel, anstatt daß sie den Staat 15 Mrd. im Jahr kosten, statt dessen 10 Mrd. DM pro Jahr bringen. Wenn die öffentlichen Betriebe ebenso rationell geführt würden wie private, dann könnte man die Lohn- und Einkommensteuersätze halbieren.

Das gewaltige Maß an Verschwendung im öffentlichen oder öffentlich beeinflußten Bereich – sei es nun die Bildung, die Gesundheit oder der Verkehr – haben gemeinsame Ursachen. Die organisatorischen Strukturen sind nicht in Ordnung, die Motivationen sind fehlgerichtet, die Entscheidungsstrukturen fehlkonstruiert. Ein Lehrer, der heute Karriere machen und Direktor werden will, wird gut daran tun, sich politisch zu engagieren. Ein Professor, der heute Ruhm oder Ehre haben will, muß Bücher oder Artikel schreiben, will er Geld haben, dann muß er Gutachten machen oder Vorträge halten. Ein Arzt ist nicht daran interessiert, daß seine Patienten gesund, sondern daß sie krank sind, oder genauer, daß sie Krankenscheine abliefern; und ein Beamter muß darauf sehen, viel Untergebene zu haben und die ihm zugewiesenen Haushaltsmittel auch vollständig auszugeben.

Zu Beginn meiner Ehe wohnte ich in einem Hochhaus, in dem die Heizkosten nach Quadratmeter umgelegt wurden. Das führte dazu, daß keiner sich darum bemühte, Heizkosten zu sparen, weil ja seine eigene Verschwendung von allen andern mitbezahlt wurde. Ergebnis: Die Fenster standen auf, und die Heizung wurde voll aufgedreht. Ergebnis: Die Heizkosten im Hause stiegen in ungemessene Höhen. Die Hausverwaltung kam dann auf die gute Idee, in jede Wohnung Heizkostenzähler anzubringen. Nun hatte plötzlich jede Hausfrau das Gefühl, daß sie für sich selbst spart. Die Fenster blieben zu, und wenn gelüftet werden mußte, dann tat man das rationell und schaltete die Heizung in den Räumen ab, die nicht gebraucht wurden. Die Heizkosten halbierten sich. Dieses Hochhaus mit der Umlage der Heizkosten nach der Quadratmeterfläche ist genau das System unserer gesetzlichen Krankenversicherung. Kein Versicherter hat das Gefühl, er müßte die Leistungen der Allgemeinheit sparsam beanspruchen. Dieses System führt zu dem, was mein Kollege Schreiber die „Ausbeutung der Versichertengemeinschaft durch die Versicherten" nennt. Die Entscheidungsstrukturen im Bildungswesen, insbesondere in den Universitäten, sind so konstruiert, daß sie einen ungeheuerlichen Leerlauf erzeugen. Wichtiges wird überhaupt nicht mehr entschieden. Die Entscheidungen an der Spitze von Bahn und Post werden von Politikern gefällt unter politischen Gesichtspunkten. Da es unpopulär ist, wenn die Preise erhöht werden, und da es außerdem auch unpopulär ist, wenn bei Bahn und Post gespart wird (schließlich sind die Bahn- und Postbediensteten ein erhebliches Wählerpotential), so wählt man den einfacheren Weg und deckt die Defizite über Steuern. Und da der Druck des Marktes im Bildungswesen oder im Verkehrswesen oder bei der Post fehlt, gibt man sich nur allzu leicht der billigen Ausrede hin, dieses oder jenes sei gar nicht anders zu machen und es gäbe auch keine Rationalisierungsmöglichkeiten mehr. Bahn und Post entwickeln sich darüber hinaus immer mehr zum Selbstbedienungsladen der betreffenden Gewerkschaften. Die öffentlichen Betriebe geben einen Vorgeschmack von dem, was wir unter der Mitbestimmung zu erwarten haben. Auch andere öffentliche oder öffentlich beeinflußte Betriebe, wie das Volkswagenwerk oder die Ruhrkohle AG, erweisen sich mehr und mehr als unregierbar.

Man hört heute von der Linken immer wieder das Argument, die Privatwirtschaft würde um kurzfristiger Erfolge willen die natürlichen Ressourcen ausbeuten, und man müsse deshalb vielerlei Tätigkeiten dem Staat übertragen, der einen längeren Entscheidungshorizont habe. Eine Betrachtung der Wirklichkeit zeigt das genau entgegengesetzte Bild. Wir haben uns im Bereich der Politik seit langem daran gewöhnt, daß der Entscheidungshorizont vier Jahre ist, eben eine Legislaturperiode. Staatliche Entscheidungen, die ihre wohltätigen Auswirkungen erst in längerer Zeit haben, kommen weniger und weniger zustande. Der Staat wird immer kurzatmiger. Im Bereich der öffentlichen Nahverkehrsbetriebe läßt sich das besonders gut beobachten. Zunächst wanderten die Fahrgäste ab, weil Komfort und Schnelligkeit der öffentlichen Nahverkehrsmittel zu wünschen übrig ließen. Darauf reagierte man mit Preissteigerungen, weil man ja sonst Defizite gehabt hätte. Der

Erfolg war, daß noch mehr Fahrgäste abwanderten. Nun verringerte man die Zugfolge, weil man ja schließlich sparen mußte. Das Ergebnis war eine weitere Abwanderung. Auf diese Weise haben sich die öffentlichen Nahverkehrsbetriebe systematisch ins Defizit hineingewirtschaftet. Man stelle sich dieses Verhalten bei einem privaten Unternehmer vor. Ein Seifenproduzent merkt, daß seine Seife nicht mehr gekauft wird. Also erhöht er zunächst einmal die Preise. Darauf kaufen noch weniger Leute die Seife, und der Seifenfabrikant entschließt sich, die Seife entsprechend kleiner und entsprechend schlechter zu machen. Jeder Lehrling würde ein solches unternehmerisches Verhalten als grotesk empfinden – aber genau das ist das Verhalten, das die öffentlichen Nahverkehrsbetriebe seit zwanzig Jahren praktizieren. Hätte man auf die ersten Zeichen der Abwanderung mit einer Verdichtung der Zugfolge, mit bequemeren Straßenbahnwagen, mit schnelleren Fahrzeugen reagiert, so hätte man damit in die Zukunft investiert, und auf die Dauer wären die Defizite viel kleiner geworden, oder man hätte gar Gewinne erzielt. Aber so ist man von Jahr zu Jahr tiefer in den Schlamm gesunken.

So bleibt als Fazit, daß im gesamten öffentlichen Bereich die Produktivität seit Jahren rapide abnimmt, so daß der private Bereich immer größere Leistungen für den Staat erbringen muß, damit er seine Mißwirtschaft fortsetzen kann.

Die Wachstumskrise

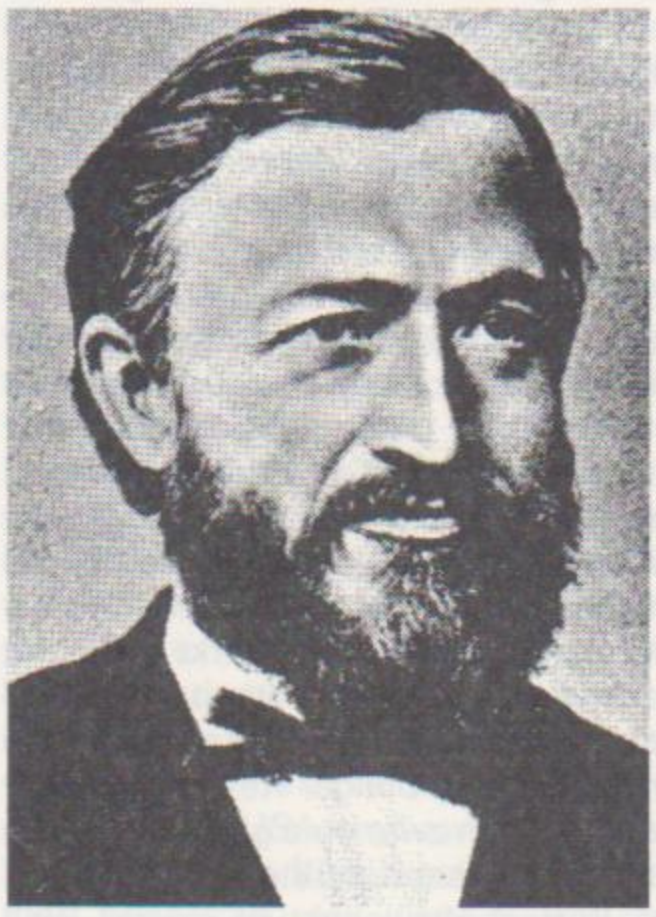
Die offiziellen Wachstumszahlen sind, im Trend gesehen, immer weiter zurückgegangen, und im Jahre 1974 hatten wir schließlich ein Nullwachstum. Im Jahre 1975 scheinen mir die offiziellen Prognosen viel zu optimistisch. Ich rechne – erstmals nach dem Kriege – mit einem Rückgang des Sozialprodukts.

Aber die offiziellen Wachstumszahlen sind in den letzten Jahren schon wesentlich übertrieben. Dazu muß man wissen, daß beim Sozialprodukt sämtliche Güter zu Marktpreisen zusammengezählt werden, mit Ausnahme der Leistungen des Staates. Sie werden zu Kostenwerten bewertet. Wenn also ein Regierungsrat zum Oberregierungsrat befördert wird, so erhöht das das Sozialprodukt. Und weil in den letzten Jahren sehr viele Regierungsräte zu Oberregierungsräten befördert wurden, zeigt unser Sozialprodukt nicht eine Vergrößerung der Gütermenge, sondern nur die abnehmende Produktivität des staatlichen Sektors an. Seit vier Jahren stagnieren außerdem die realen Investitionen. Kurz, wir haben nicht eine Konjunkturkrise, wir haben außerdem eine Wachstumskrise, und die Wachstumskrise ist in Wirklichkeit sehr viel gravierender als der konjunkturelle Einbruch.

Versucht man aus der Literatur eine Antwort zu erhalten, warum denn die Bundesrepublik und andere Staaten immer weniger wachsen, so erhält man daraufhin nur nichtssagende Antworten und außerdem die schon genannte große Ausrede „Ölkrise". Die Ölkrise kann man leicht für alle wirtschafts- und ordnungspolitischen Versäumnisse verantwortlich machen. Aber bei Licht besehen, machen die Mehraufwendungen der Bundesrepublik für Öl noch nicht einmal zwei Prozent des Sozialprodukts aus, und das haben wir durch Preiserhöhungen im Außenhandel wieder aufgeholt (Einfuhrpreise November 1973 bis November 1974 + 23 %, Ausfuhrpreise + 22 %). Außerdem wurde uns ständig gesagt, daß die natürlichen Hilfsquellen ausgebeutet würden, daß wir sparsamer mit unseren Rohstoffen, insbesondere den Energierohstoffen umgehen müßten. Wenn das so ist, dann tun uns die Ölscheichs einen großen Gefallen, indem sie die Preise erhöhen. Sie erzwingen damit eine sparsamere Verwendung von Öl, sie erzwingen die Entwicklung neuer Energien. Kurz, sie sorgen dafür, daß wir unsere natürlichen Hilfskräfte länger bewahren können. Auch führt die Ölpreiserhöhung – zumindest global – nicht zu einer Zahlungsbilanzkrise. Die Ölländer können ihre Einnahmen entweder verwenden, um bei uns Güter zu kaufen, oder sie können sie benützen, um uns Kredite zu geben. Sie können aber nicht aus dem internationalen Geldkreislauf aussteigen. Wenn die Ölländer weniger Güter bei uns kaufen, als sie aus ihrem Öl einnehmen, dann haben die Ölscheichs einen exakt genauso hohen Anlagebedarf wie die ölverbrauchenden Länder einen Finanzierungsbedarf haben. Global gleicht sich das ganz genau aus. Und schließlich bedeutet die Ansammlung von Kapitalien bei den Ölländern, daß die Kapitalbildung in der Welt insgesamt verstärkt wird, und Kapitalbildung wiederum ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum. Das Kapital müßte durch die Ölkrise entsprechend billiger werden. Aus der Ölpreiserhöhung ergeben sich zwar eine ganze Fülle von Anpassungsproblemen. Insgesamt müßte aber die Kapitalansammlung das Wirtschaftswachstum in der Welt eher vergrößern als vermindern.

Die Ursachen unserer Wachstumskrise liegen genau da, wo unsere Wirtschaftstheorie nicht mehr hinreicht. Sie liegen darin, daß sich der öffentliche Sektor immer weiter ausdehnt und dabei immer unproduktiver wird. Jede fünfte Mark für Löhne und Gehälter wird bereits im öffentlichen Bereich gezahlt. Die Wachstumskrise liegt darin, daß man in einer immer stärker perfektionierten Regulierung des Wirtschaftslebens die Anreize zu Leistung, zu Fleiß, zu Sparsamkeit, zu Initiative erstickt, daß der Staat durch seine Eingriffe ins Wirtschaftsleben die Kapitalströme und damit auch die Arbeitsströme fehlleitet, daß die staatliche Ordnungspolitik die Großunternehmen und damit das Entstehen privater Bürokratien immer mehr begünstigt. Von der gesamten zur Verfügung stehenden Zeit sind nur noch fünf Prozent Arbeitszeit und davon nur noch etwa die Hälfte produktive Arbeitszeit. Diese produktive Arbeitszeit nimmt immer weiter ab. Und diese schmale Basis produktiver Arbeit muß eine immer größere Last von Verwaltung und Bürokratie, von Defizit und Verschwendung bezahlen. So wird das Wachstum in Bürokratie erstickt. Unsere Wirtschaftsform ist nicht mehr die soziale Marktwirtschaft, ist aber auch nicht die Planwirtschaft. Unsere Wirtschaftsordnung ist der bürokratisch reglementierte Kapitalismus. Die Demokratie, die wir wagen sollten, hat in Bürokratie geendet. Das Nullwachstum wird unser Schicksal.

Philipp Reis und sein Denkmal in Gelnhausen



Philipp Reis

Freitag, 6. Mai 1976. In schneller Fahrt geht es am Taunusrand vorbei an Gelnhausen hinüber in den Spessart nach Bad Orb. Zu gern hätten meine Frau und ich ein oder zwei Stündchen in Gelnhausen, der Geburtsstadt des Erfinders des „Telephons", Umschau gehalten. Doch unsere Zeit ist knapp. Ja, die Zeit! Sie umschlingt alles und gibt überall den Ton an. Nur immer weiter hinein in die Zukunft. Für Vergangenes ist keine Zeit mehr verfügbar.

Dabei war Philipp Reis, geboren am 7. Januar 1834 in Gelnhausen und gestorben am 14. Januar 1874 in Friedrichsdorf (Taunus), um die Jahrhundertwende kein ganz Unbekannter. Denn das Telefon drängte sich in die Schreibstuben und Geschäftslokale und hier und da sogar schon in einen privaten Haushalt. Für mich war Philipp Reis *der* Mann, der mich vor sieben Jahrzehnten in der Schule wegen seiner Erfindung stark beeindruckte.

Montag, 17. Mai 1976. Elf Tage später haben wir Zeit für eine Fahrt nach Gelnhausen. Eine plötzliche Erkrankung zwingt mich, einen Spezialarzt aufzusuchen. Leider dehnt sich der Besuch beim Onkel Doktor bis 18 Uhr aus. Keine Zeit bleibt mehr, den vor elf Tagen ersehnten und heute geplanten Streifzug durchzuführen.

Freitag, 21. Mai 1976. Sicherlich wird heute genügend Zeit für einen Streifzug zur Entdeckung der Philipp-Reis-Spuren sein. Wir stehen auf dem Untermarkt mit den Fachwerkhäusern aus früheren Jahrhunderten, mit dem in drei Terrassen ansteigenden Marktplatz, mit dem holprigen Kopfsteinpflaster, mit den teilweise sehr schmalen Bürgersteigen.

Hier hat Philipp Reis als Sohn eines Bäckermeisters gelebt. Hier ist er die abschüssigen und ansteigenden Straßen und Gassen heruntergerannt und hinaufgestürmt. Hier hat er, der mit zehn Jahren Waise war, die Schule besucht. Hier ist er wegen der geistigen Regsamkeit ständig seinen Vormündern aufgefallen. Sie entschließen sich schließlich, ihn im elften Lebensjahr nach Friedrichsdorf im Taunus in das Garniersche Institut mit französischem und englischem Sprachunterricht zu schikken. Nur ein Jahrzehnt hat dieser muntere und begabte Junge, der spätere Erfinder des Telefons, in seiner Vaterstadt Gelnhausen verbracht.

Wir klettern förmlich den Marktplatz hinauf, schauen auf die mittlere Terrasse mit den parkenden Personenwagen und gucken auf den in der grellen Mittagssonne brütenden und schlafenden Platz. Meine Frau zeigt auf die lange Reihe der parkenden Personenwagen und ruft: „Siehst Du dort ein Denkmal?" Ich kann nichts entdecken.

Wir gehen die Parkuhren entlang. Tatsächlich! Am Ende der langen Reihe steht ein Denkmal, ein Sockel mit einer Büste. Die Inschrift läßt sich gerade noch entziffern:

Philipp Reis
Dem Erfinder des Telephons
Seine Vaterstadt Gelnhausen

Drüben im Kurpark Bad Orb Zehntausende von blühenden Tulpen und viele, viele Tausend andere blühende Frühlingsblumen in allen Farben; hier in Gelnhausen ist am Denkmal nicht einmal ein Plätzchen für eine einzige blühende Tulpenpflanze vorgesehen. Die Parkuhren drängen sich dicht an das Denkmal heran. Fast sieht es so aus, als wäre Philipp Reis hier aufgestellt worden, um darauf zu achten, daß die zahlreichen Kraftfahrer auch beim schnellen Verlassen ihres Lieblings den Groschen richtig in die gefräßige Parkuhr stecken. Wie heißt es doch so schön? „Wir werden Dich nie vergessen!" – „Wir werden Deiner stets gedenken!" – „Deine Vaterstadt!" – „Deine Mitbürger!" Und wie sieht die Wirklichkeit aus? Das Denkmal des Philipp Reis ist ins Abseits gedrängt. Statt des Denkmals lieber Platz für eine Parkuhr oder für einen Personenwagen schaffen! Weg mit dem Denkmal! Weg mit der Erinnerung!

In unmittelbarer Nähe des Denkmals stoßen wir auf eine kleine Bäckerei. Sie ist geöffnet. Abgespannt, müde, traurig ob all des Geschehens und Geschauten treten wir ein. Die liebenswürdige Meistersfrau reicht uns Kaffee und Kuchen. Auch hier ist eigentlich Mittagspause, Mittagsruhe. Dennoch kommt es zu einem freundlichen Gespräch. Natürlich zu einem Gespräch über das Denkmal des Philipp Reis. Durch die Ladentür können wir die Büste wunderbar betrachten. Mit lebhaften und eindrucksvollen Worten erzählt uns die Geschäftsfrau, daß im Frühjahr des vorigen Jahres das Denkmal mit schwarzer Farbe übertüncht worden sei. Sie habe in mühsamer Arbeit mitgeholfen, die schlimmsten Schandflecken zu beseitigen.

Wir besorgen uns ein paar Tulpen und legen sie am Denkmal des Mannes nieder, der vor mehr als einem Jahrhundert, am 26. Oktober 1861, im Physikalischen Verein zu Frankfurt am Main einen Apparat zum Übertragen von Sprache vorgeführt hat.

Das Taxi ist da. Zurück nach Bad Orb. Doch wer wird sich um das Denkmal kümmern? Muß es einen derart häßlichen und engen Platz haben? Geht die neue Zeit an all diesen Dingen achtlos vorbei, die einmal den Traum der Menschheit darstellten? Gilt die Erinnerung an die Pionierleistungen des vorigen Jahrhunderts als rückständig, als veraltet, als verkalkt, vielleicht sogar als albern? Wer wird sich des Gelnhausener Denkmals annehmen? Bekommt es einen würdigeren Platz? Oder wird es durch eine Parkuhr verdrängt werden? Und landet es gar auf einem Schrotthaufen oder auf einem Haufen von abgeholten Friedhofsdenkmälern? Die Zeit, die keine Zeit mehr für Vergangenes zu haben scheint, wird über den Verbleib entscheiden.

Otto Lemke

Für Sie gelesen

Petern Sie schon?

Wenn nicht, sollten Sie nach Durchsicht dieses Berichts prüfen, ob nicht auch Sie petern sollten.
Ein kluger Mann in Amerika namens Laurence J. Peter hat nicht nur das Peter-Prinzip entdeckt, sondern auch einen Rettungsvorschlag für die bedrohte Menschheit erarbeitet. Ein nicht minder kluger Mann, Ernst Rowohlt, wollte diese Chance deutschlesenden Mitmenschen nicht vorenthalten und hat in der Reihe „Das rororo-Sachbuch" den 66-Punkte-Plan, mit dem man Problemen, Pannen und Pleiten Paroli bieten kann, als „Das Peter-Programm" zum zahmen Preis von DM 4,80 herausgegeben. Der Umschlag ist sehr ansprechend entworfen und verlockt zu einer fröhlichen Lektüre.
Worum geht es nun? Ich glaube, die Erkenntnis des Autors – als Peter-Prinzip vielen bekannt – mag manchen erschrecken: „In einer Hierarchie neigt jeder Beschäftigte dazu, bis zu seiner Stufe der Unfähigkeit aufzusteigen."
Entsetzlich, nicht wahr? Freiwillige werden gebeten abzutreten. Wir sehen an dieser Konsequenz, wie schwierig es ist, den Grad unserer Unfähigkeit einzuschätzen. Gebildete wissen, daß die Selbsterkenntnis schon den alten Griechen Schwierigkeiten bereitete.
Im ersten Teil seines Buches will Laurence J. Peter bei der Überwindung dieser Hürde helfen. Dabei kommt mir der wohl dem Skatspiel zuzuordnende terminus technicus in den Sinn, der da zugegebenermaßen unfein lautet: „Hosen runter!" Oder wie deuten Sie den Satz aus dem 3. Kapitel mit der Überschrift „Hierarchische Regression oder: Achtung, Ihre Leiter rutscht", der so lautet: „Als unwissentlich Unfähiger weiß man nicht, ob die Unfähigkeit in einem selbst, in anderen oder in dem System liegt." Hier nun bietet L. J. Peter aktive Hilfe. An etlichen Beispielen aus Gesellschaft, Verwaltung, Management, Politik und Verhaltensforschung weist er nach, daß nicht nur jeder von uns auf Grund des Peter-Prinzips in der Gefahr steht, seine persönliche Inkompetenz zu erreichen, sondern dadurch auch den Verfall der Gesellschaft, deren Lebensqualität er eigentlich verbessern wollte, herbeiführt, oder beschleunigt. Ein ganzes Spiegelkabinett hält der Autor uns vor, und jeder kann sich nach Veranlagung, Mut und Selbstehrlichkeit in mindestens einem dieser Spiegel wiedererkennen.
Soweit der Tatbestand mit der bitteren Konsequenz: Unsere persönliche und gemeinsame Karre steckt tief im Dreck! Hier nun soll das Peter-Programm helfen, das der Verfasser im zweiten Teil vorstellt und von dem er sagt: „Das genaue Studium dieses Teils zeigt Ihnen, wie Sie in Ihrem Leben und in Ihrer Arbeit schöpferisch, selbstsicher und kompetent sein können. Es zeigt Ihnen ferner, wie Sie sich selbst davon abhalten können, ein tragisches Opfer sinnlosen Emporstrebens zu werden, und es gibt Ihnen einen Leitfaden an die Hand, mit dessen Hilfe Sie Glück in Ihrem Privatleben und Befriedigung in Ihrer beruflichen Laufbahn finden können."
Es wäre unrecht, Ihnen jetzt die einzelnen Programmpunkte aufzuzählen und damit Ihre Neugier auf die Lektüre zu mindern. Hüten Sie sich nur, aus den Überschriften der einzelnen Peter-Programmpunkte zu schließen, es handle sich um Rezepte nach Art von „Reader's Digest", um Antworten auf „Fragen an Frau Irene" oder die Wiedergabe von Erlebnissen auf der Couch des Psychotherapeuten. Eine solche Deutung wäre zu einfach und trifft nicht den Kern des Anliegens von Laurence J. Peter.
Es wechseln im Peter-Programm triviale Übungen (z.B. „Bekräftigen Sie Ihren Glauben an sich selbst") mit albern erscheinenden (z.B. „Nehmen Sie ‚die da oben' nicht ernst") und solchen, die des Übens um der Gemeinschaft willen beherzigenswert sind (z.B. „Leiten und lenken Sie unfähige Mitarbeiter zu vernünftigem Verhalten und zur Kompetenz hin").
Ich erinnere mich, daß einmal ein wackerer Streiter unserer jungen Demokratie meinte, sich herausreden zu müssen, er könne nicht immer mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufen. Im Gegensatz dazu und für unsere Thematik glaube ich, daß es sich sehr wohl lohnt, zum Nutzen des Jeweiligen und zum Frommen unserer (auch postalischen) Gesellschaft das Peter-Programm unterm Arm zu haben. Daß dieses leichter fällt als die Sache mit dem GG, ist leicht zu erklären: Das Peter-Programm ist noch das Original, es bedarf kaum der Auslegung, und es liest sich leichter.
Ich will nicht versäumen, zu erwähnen, was mich an dem Buch geärgert hat: Die Vielzahl von Zitaten, die zusammenhanghemmend in den Text eingestreut sind. Obwohl sie mich im Lesefluß gestört haben, muß ich den meisten jedoch Spritzigkeit und Treffsicherheit bescheinigen.
Als Beispiele dafür und als Referenz an diejenigen, die es betrifft und die ich gut kenne, hier zum Schluß zwei Zitate, die den „Fachmann" charakterisieren sollen:
„Ein Fachmann ist einer, der immer mehr über immer weniger weiß" (N.M. Butler).
„Ein Fachmann ist ein Mann, der aufgehört hat zu denken – er weiß" (F.L. Wright).
Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre und guten Erfolg beim Studium.

C.P. Spengler

FITCE-Kommission VI tagte in Darmstadt

Am 9. und 10. Juni trafen sich die Mitglieder der Kommission VI (Haustechnik) im PTZ zu einer Kurztagung. Besprochen wurden die Anforderungen, die elektronische Wählsysteme an die Haustechnik stellen, sowie die unterschiedlichen nationalen Notstromversorgungsanlagen. Interessante Anlagen der DBP in Frankfurt und Umgebung von Darmstadt wurden besichtigt. Das Ergebnis der gut ausgerichteten Tagung war, daß doch die in den einzelnen Ländern fast gleichen fernmeldetechnischen Bedingungen auf verschiedenen Wegen durch die Haustechnik erfüllt werden.

H. Heinze